(A) (Minister Dr. Schnoor)

28,5 % seinerzeit in die Landtagsberatungen hineingegangen wären, sondern vorher schon eine deutliche Verbundsatzsenkung gehabt hätten. Das will ich doch noch einmal anmerken.

Präsidentin Friebe: Dann darf ich jetzt noch einmal fragen, Herr -

Innenminister Dr. Schnoor: Darf ich das noch anfügen? - Im übrigen, Frau Kollegin, ist es so, daß die Haushalte der Kommunen mit Vermögenshaushalt und Verwaltungshaushalt auch ganz anders aufgestellt sind. Deswegen können Sie hier die Vergleiche so nicht anstellen.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das ändert aber nichts an den prinzipiellen Finanzproblemen der Kommunen!)

Präsidentin Friebe: Kollege Leifert würde gerne noch eine Frage stellen.

(Minister Dr. Schnoor: Ja, aber ich muß dann zum Ende kommen!)

(B) - Bitte schön.

Abgeordneter Leifert (CDU): Herr Minister, Sie haben vorhin die Leistungen aus dem GFG mit den Landesausgaben in Verbindung gebracht. Ist es nicht richtig, daß in Artikel 106 Abs. 7 Grundgesetz geschrieben steht, daß den Kommunen ein Anteil, ein vom Hundertsatz, an den Gemeinschaftssteuern zusteht, daß also das ganze Gebäude, das auf diesem Artikel aufgebaut ist,

(Minister Dr. Schnoor: Ja sicher!)

auf Anteile an den Landessteuereinnahmen beruht? Wären Sie bereit, mit uns in eine Diskussion einzutreten und über die Vereinfachungsvorschläge im Ausschuß zu diskutieren, die da besagen: Umbau zu einem echten Anteil an den Landessteuereinnahmen? In welcher Höhe auch immer; denn alles muß finanziert werden.

(C)

Innenminister Dr. Schnoor: Also, ich bin gerne bereit, darüber in eine Diskussion einzutreten. Aber über die Frage, wie das Gemeindefinanzierungsgesetz auszusehen hat, über diese Grundsatzfragen, haben wir doch intensiv in der Vergangenheit diskutiert. Das Gesetz ist fortgeschrieben worden; es hat eine Kommission gegeben, die sich mit Fragen der Verteilung befaßt hat. Ich bin aber gerne bereit, darauf erneut einzugehen.

Lassen Sie mich noch folgendes zu den Schlüsselzuweisungen sagen: Die Steigerungsrate bei den Schlüsselzuweisungen, die wir jetzt haben, entspricht auch der bisherigen Politik, die wir betrieben haben.

Von 1980 bis 1992 sind die Schlüsselzuweisungen permanent gestiegen. Wir haben einmal einige Jahre gehabt, in denen Sie gleich geblieben sind, aber insgesamt sind von 1980 bis 1992 die Schlüsselzuweisungen, wenn ich für das Jahr 1980 100 % ansetze, auf 161 % gestiegen - trotz aller Belastungen, die das Land hat. Das muß man doch einmal zur Kenntnis nehmen.

Deswegen meine ich: Bei aller Kritik, die einer Opposition zusteht, die sagt, daß man eigentlich noch mehr tun könnte, können wir uns, meine ich, mit unserem Gemeindefinanzierungsgesetz, mit den Mitteln, die (D) wir jetzt den Gemeinden geben, durchaus sehen lassen. Ich weiß, daß die Kommunen dieses auch so sehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kann ich die **Beratung** zum Gemeindefinanzierungsgesetz **schließen**.

Die **Abstimmung** wird **vertagt** bis **nach 14 Uhr**.

Ich rufe dann **Nummer 3** auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksa-

(A) (Präsidentin Friebe)

che 11/2808 und auf die vorliegenden Änderungsanträge.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Tschoeltsch für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Beratung steht der Haushalt des Wirtschaftsministers an. Ich nehme an, daß er noch kommt.

(Minister Einert von den SPD-Fraktionsbänken: Ich bin hier!)

- Ach ja, Herr Minister!

(Zuruf von der SPD: Jetzt hat er schon eine Brille auf und sieht ihn nicht! - Heiterkeit)

Herr Minister, am 12.11.1991 haben Sie uns ein umfangreiches Papier vorgelegt: Kohlerunde 1991 und Handlungsrahmen für die Kohlegebiete. Wenn man sich den Inhalt ansieht, würde ich sagen: Das ist doch recht dürftig und ungenügend.

(B) Nun sagen Sie ja, Sie wären in unheimlicher Eile gewesen, das zu erstellen, weil die Kohlebeschlüsse in Bonn erst kurz zuvor gefaßt wurden.

Herr Minister, da haben Sie natürlich viel Zeit vergeudet; denn die Mikat-Kommission hat im März 1990 ihren Bericht vorgelegt. Wir haben am 28. März 1990 eine Debatte hier im Plenum geführt, in der es um die Mengen der Verstromung ging. Dabei ging es auch darum, wie die Fördermenge der Steinkohle künftig aussieht. Sie haben damals auch schon in der Regierungserklärung - nicht Sie, sondern Ihr Vorgänger - die Position der Mikat-Kommission übernommen, das Mehrheitsvotum.

Man konnte sich eigentlich darauf einstellen, daß der Landesregierung klar war, daß ein Arbeitsplatzabbau von 30 000 Arbeitsplätzen im Steinkohlebergbau auf uns zukommt. Ich war damals davon ausgegangen, daß die Landesregierung die Zeit nutzt, um entsprechende Strukturprogramme auszuarbeiten.

(C)

Etwa ein Jahr später, nämlich am 24. April, wurde dann die zweite Regierungserklärung abgegeben. Dann haben Sie nochmals - jetzt Sie - Ihre Position vorgetragen. Zur Strukturpolitik und zur Erstellung eines Programms haben Sie wiederum nichts gesagt.

Wir haben dann gedacht, na ja, wenn die Landesregierung das nicht merkt, was auf sie zukommt, dann muß die Opposition handeln. Wir haben dann am 12.07.1991 unseren Antrag "Strukturinitiative Montanregion" eingebracht und versucht, diese Lücke auszufüllen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten Sie aber merken müssen, daß hier Handlungsbedarf für die Landesregierung besteht.

Offensichtlich hat unser Antrag Sie dann doch etwas beflügelt. Denn dann wurde ja dieser eben zitierte Handlungsrahmen vorgelegt. Auf Seite 12 dieser Abhandlung haben Sie etwas zum Inhalt gesagt. Das dynamische Team des Kabinetts hat also in diesen Wochen und Monaten inhaltliche Schwerpunkte des Handlungsrahmens gebildet; ich will einmal sagen: pro Monat einen Spiegelstrich. Vielleicht schon im Juli - so nehme ich an - haben Sie festgestellt: Inhaltlicher Schwerpunkt, erster Spiegelstrich: Qualifikation, vielleicht im August: zweiter Schwerpunkt, zweiter Spiegelstrich: Mobilisierung von Gewerbeflächen. Dann kam die Sommerpause. So frisch gestärkt, haben Sie im September vielleicht zwei Spiegelstriche geschafft: Technologie, gewerbliche Förderung. Im Oktober dann erneut ein Spiegelstrich: Verkehrsinfrastruktur. Dann wußten Sie, daß hier die Beratung kommt, und da haben Sie sich im November unheimliche Mühe gegeben und den Rest des Inhaltlichen vorgetragen. Das ist der längste Spiegelstrich: Umwelt, Wohnen, Städtebau, Freizeit, Kultur. (D)

Das ist der Handlungsrahmen dieser Landesregierung für das besagte 1-Milliarden-Programm. Herr Minister, in allem Ernst: Glauben Sie denn, daß die Opposition für diesen Inhalt, für diese Spiegelstriche eine müde Mark zur Verfügung stellt? Glauben Sie denn, daß die Bundesregierung für dieses Programm, für diese Spiegelstriche, Geld zur Verfügung stellt? Wochen und Monate haben Sie Zeit gehabt, ein Programm zu erstellen und Inhalte auszufüllen. Einige magere Spiegelstriche sind herausgekommen. Ich finde, das ist wirklich mehr als ungenügend.

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.])

(Zuruf des Abgeordneten Ruppert [F.D.P.])

Das geht ja alles noch weiter. Ich komme noch einmal auf die Kürzungsliste über 1 Milliarde DM zurück. Ich würde mich darüber gern noch länger unterhalten; aber die Zeit läuft mir weg.

Vorhin haben der Herr Ministerpräsident und der Herr Finanzminister gesagt: Das Geld muß umgeschichtet werden; es ist eine schwere Aufgabe, die Prioritäten neu zu setzen; wir müssen Geld einsparen oder die Kreditaufnahme erhöhen. Sie haben gesagt, das Geld müsse eingespart werden, und so ist diese berühmte Kürzungsliste zustande gekommen. Wir haben darüber auch schon im Ausschuß beraten.

Ich hätte ja noch verstanden, wenn die Landesregierung gesagt hätte: Wir müssen Geld einsparen, um es in die Kohlereviere zu leiten. Das wäre ja in sich logisch. Aber das ist ja nicht der Fall. Vielmehr wollten Sie besonders schlau sein und haben gesagt: Wir müssen das alles ja begründen. Da haben Sie festgestellt, daß der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung am 15. August 1990 gesagt hat:

> Die Landesregierung hat dazu eine interministerielle Arbeitsgruppe "Programmwirksamkeit" eingesetzt. Bei der Überprüfung geht die Landesregierung von der Überzeugung aus, daß es angesichts

(B)

- hören Sie bitte gut zu! -

> der möglichen Kosten der deutschen Einheit gerade bei knapper werdenden Mitteln notwendig sein wird, stärker zu differenzieren und gleichzeitig zu konzentrieren.

Das heißt also: Diese Arbeitsgruppe wurde wegen der Kosten der deutschen Einheit eingerichtet. Sie sollte Ergebnisse erarbeiten. Es waren interessante Fragen, die Sie ihr gestellt haben, beispielsweise: Sind die Fördersätze reduzierbar, wenn davon ausgegangen werden kann, daß der angestrebte Zweck auch bei reduzierten Förderansätzen erreichbar ist? Es war eine ganze Reihe von Fragen. Sie wollten die Programme überprüfen. Anlaß war die deutsche Einheit.

116 Programme sind also überprüft worden, und 42 Programme hat man gefunden, bei denen man festgestellt hat, daß sie - ich will einmal sagen - reformbedürftig sind. Sie haben also nach Ihren eigenen Fragestellungen festgestellt, daß an diesen Programmen einiges nicht in Ordnung ist, daß Sie also verändern müssen. Da haben Sie immer unsere Zustimmung gehabt. Auch wir haben das Interesse, Programme, die nicht gut laufen, die überholt sind, zu verändern. (C)

Die Arbeitsgruppe hat einen Bericht vorgelegt, dessen Ergebnis diese Kürzungsliste von 1 Milliarde DM ist. Nun frage ich Sie - und ich habe Sie schon im Ausschuß gefragt -, was Sie denn jetzt an diesen Programmen inhaltlich ändern wollen. Vor zwei Wochen wußten Sie keine Antwort; Ihr Staatssekretär auch nicht. Jetzt haben Sie noch zwei Wochen Zeit gehabt, um vielleicht Ausreden zu finden.

Ich greife einmal nur zwei Punkte heraus. Da gibt es das Programm "Beschäftigungsorientiertes Förderprogramm", ein Programm, das insbesondere Existenzgründungen hier in Nordrhein-Westfalen fördert. Da sagt der Wirtschaftsminister noch im Oktober - ich zitiere aus seiner Einbringungsrede bei den Haushaltsberatungen -:

> Dabei ergab sich ein erheblicher Arbeitsplatzeffekt in diesem Programm. Nach Angaben der Unternehmen wurden rund 79 000 Arbeitsplätze neu geschaffen und rund 186 000 Arbeitsplätze gefestigt. (D)

Weiter heißt es: "... wobei die Mittel vorrangig für Existenzgründungen eingesetzt werden sollen".

Vier Wochen später sagt der Minister: April, April, ich nehme jetzt 83 Millionen DM von dem Programm weg! Innerhalb von vier Wochen hat sich also die Einstellung zu diesem sehr erfolgreichen Programm völlig geändert. Denn Sie nehmen jetzt 83 Millionen DM weg. Da frage ich Sie jetzt erneut, Herr Minister: Was wollen Sie denn in dem Programm ändern, daß Sie jetzt 83 Millionen DM wegnehmen? Wollen Sie Existenzgründungen nicht mehr fördern? Wollen Sie die Fördersätze reduzieren? Wollen Sie bestimmte Förderungen nicht mehr durchführen? Ich erwarte, daß Sie jetzt, heute in diesen Plenarberatungen, endlich eine Antwort liefern. Bisher wissen wir

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.])

nur, daß Sie 83 Millionen DM wegnehmen. Können Sie das Geheimnis einmal lüften, was Sie da nicht mehr fördern wollen?

Oder ein zweites Beispiel: Technologieprogramm Energie. Da heißt es am 8. Oktober in Ihrer Vorlage:

> In Zukunft werden die neuen Schwerpunkte, wie erneuerbare Energien, Wasserstoff- und Solartechnik, sowie die Entwicklung umweltfreundlicher und ressourcenschonender Kohlekraftwerke Vorrang haben.

Meinung der Landesregierung! Weiter:

> 4. Projekte der rationellen Energie- und Rohstoffnutzung, zum Beispiel in Brennstoffzellenentwicklung, sind auch weiterhin Gegenstand des TP Energie.

Dann:

> Ansätze und Ermächtigungen 1992 sind im Sinne einer kontinuierlichen Programmgestaltung bemessen und veranschlagt worden.

(B) Pläne des Wirtschaftsministers am 8. Oktober! Vier Wochen später nimmt er für die nächsten Jahre 60 Millionen DM aus diesem Programm weg. Ich habe im Ausschuß schon gefragt: Was wollen Sie denn jetzt nicht mehr fördern? Wollen Sie die Fördersätze reduzieren? Wollen Sie bestimmte Bereiche nicht mehr fördern? Bis jetzt sind Sie eine Antwort schuldig geblieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es wirklich unerhört: Da wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit einem Auftrag - das haben wir von der Opposition auch befürwortet -, Programme der Landesregierung zu überprüfen. Die legt einen Zwischenbericht vor, und außer dem Kabinett erfährt keiner, was in diesem Zwischenbericht steht, Herr Minister.

(Beifall bei der F.D.P.)

So können Sie mit uns nicht umgehen! Wir möchten endlich wissen, was innerhalb dieser Förderprogramme inhaltlich geändert wird. Sie können nicht von uns verlangen, daß wir eine Zustimmung geben zu Kürzungen in diesen Programmen, wenn Sie uns nicht sagen, warum Sie das kürzen, welche Teile Sie da kürzen, was Sie verändern wollen. Wenn am Ende nur eine Zahl steht, ist das nicht aussagekräftig. (C)

Meine Damen und Herren, ich bleibe dabei, daß es nicht angeht, was Sie hier vorhaben - wir haben das heute morgen bereits diskutiert -, daß Sie in diesem Jahr 183 Millionen DM für dieses Strukturprogramm einsetzen wollen, ohne dem Parlament zu sagen, was Sie wirklich dafür fördern wollen. Sie haben in dem Handlungsrahmen im Haushalt einige Positionen jetzt aufgelistet, die alle untereinander deckungsfähig sind. Bei einer Reihe von Ansätzen haben Sie nur Striche gemacht - diesmal keine Spiegelstriche, sondern normale Striche -, und damit können sie jetzt auch die Finanzen innerhalb des Programms hin- und herschieben. Darüber könnte man sich ja noch unterhalten, weil es ein anlaufendes Programm ist. Aber wir möchten wissen, wie Sie sich das vorstellen, wie Sie das Parlament beteiligen wollen. Wir möchten, bevor Sie Bewilligungszusagen geben, wissen, was Sie wirklich ernsthaft fördern wollen.

Damit eines klar ist - das sage ich der Mehrheitsfraktion -: Wir waren die ersten, die ein derartiges Programm gefordert haben, bereits vor der Sommerpause! Das heißt, über die Sache, daß wir in diesen Revieren etwas tun müssen, sind wir uns im klaren. Aber wir möchten die Kriterien wissen. Mit einer Geheimnistuerei, wie es der Wirtschaftsminister hier betreibt, sind wir nicht einverstanden. Wir möchten für das Programm klare Kriterien haben. Wir möchten wissen, nach welchen Gesichtspunkten gefördert wird. Mit acht Spiegelstrichen lassen wir uns hier nicht abspeisen. Wir erwarten eine klare Projektliste von Ihnen, was Sie fördern wollen. Und bevor Sie Zusagen geben, Herr Minister, erwarten wir, daß Sie die entsprechenden Ausschüsse beteiligen. (D)

(Beifall bei F.D.P. und GRÜNEN)

Da gibt es den Haushalts- und Finanzausschuß, da gibt es die anderen Ausschüsse, die das mitberaten möchten, Herr Minister.

(Beifall bei der F.D.P.)

(A)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der CDU erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Meyer das Wort.

(Abgeordneter van Schewick [CDU]: Jetzt werden alle wieder aufgerüttelt! - Abgeordneter Lindlar [CDU]: Laurenz statt Kaffee!)

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte, die wir jetzt zum Haushaltsplan führen, findet statt in einer Zeit, in der wir nun, was die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung angeht, so gut dastehen wie im Grunde nie zuvor. Die Lage im letzten Jahr war einmalig gut. Wir haben allein - wenn man sich einmal die Zahl der Beschäftigten als herausragende Zahl anguckt - im letzten Jahr zusätzlich 940 000 Beschäftigte in den alten Bundesländern. Das hat es noch nie gegeben. Sogar die Landesentwicklung wurde zum wiederholten Male in den letzten Jahren von dieser Entwicklung mitgerissen, obwohl wir, Herr Wirtschaftsminister - und alles, was Sie dazu in der Öffentlichkeit sagen, ist schlicht falsch -, nicht an der Spitze marschieren, sondern immer noch hintendran sind. Obwohl wir seit Mitte 1983 im Bundesdurchschnitt immerhin 16 % Zuwachs an Arbeitsplätzen haben, Nordrhein-Westfalen nur 13 %, verkünden Sie immer, als wenn in Nordrhein-Westfalen alles zum besten bestellt wäre. Dies ist nicht so.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

- Das regt Sie auf, Herr Mernizka, das weiß ich.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Mich ärgert, daß Sie so etwas sagen!)

160 000 Arbeitsplätze würde es in Nordrhein-Westfalen zur Zeit zusätzlich geben, wenn die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen nur gleich wäre mit dem Bundesdurchschnitt.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Ach!)

Das Wachstum in Westdeutschland in den letzten Jahren, aufaddiert seit 1983: 24 % - in Nordrhein-Westfalen 17 %. Als ich im letzten Jahr bei der Haushaltsplanberatung vorgetragen habe, daß im ersten Halbjahr 1990 Nordrhein-Westfalen wieder hinter dem Bundesdurchschnitt hängen würde, hat der Wirtschaftsminister in seiner Antwort gesagt, das würden sie bis zum Jahresende alles aufholen. Davon ist natürlich nichts passiert. In diesem ersten Halbjahr 1991 ist es genau wie in den Vorjahren: im Bundesdurchschnitt 4,5 % Wachstum, in Nordrhein-Westfalen 3,8 %.

(C)

Dazu, was an Ihrem 25jährigen Jubiläum so bemerkenswert ist, habe ich eine Zahl gefunden, die ich Ihnen, Herr Wirtschaftsminister, gerne einmal vortragen möchte. Ich würde gerne hören, was Sie dazu sagen:

Seit 1966, seit Sie die Verantwortung in Nordrhein-Westfalen übernommen haben, ist die Zahl der Betriebe in Nordrhein-Westfalen von knapp 30 000 auf ungefähr 11 000 zurückgegangen. Man muß sich das einmal vorstellen: ein Rückgang um 62 % in dieser Zeit! Im Bundesdurchschnitt ist die Zahl der Betriebe um knapp 24 % zurückgegangen.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung, die wir hier konstatieren müssen, ist besorgniserregend. Dies ist der Beleg dafür, daß die kleinen und mittleren Betriebe in Nordrhein-Westfalen unterrepräsentiert sind. Die Frage der Betriebsgrößenstruktur in Nordrhein-Westfalen ist noch heute unsere Konjunkturanfälligkeit. Niemand von Ihnen kann sagen, Sie hätten hier Fortschritte erzielt.

(D)

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das ist falsch, Herr Meyer! - Zuruf des Abgeordneten Stüber [SPD])

Sie haben in den vergangenen Jahren immer wieder nach Bonn gezeigt, dabei aber vergessen, daß der Bund in den letzten acht Jahren über 100 Milliarden DM nach Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

(Minister Einert: Wie rechnen Sie die denn zusammen?)

- Aus den Unterstützungsprogrammen jedweder Art. Ich kann Ihnen das gern einmal vorrechnen.

(Abgeordneter Stüber [SPD] zu Minister Einert: Gemeinschaftsprogramme, EG, usw.!

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

- Minister Einert: Steueranteil des Landes!
- Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Auch die sogenannten Sonderbelastungen Ost, Herr Mernizka, die landauf, landab als Begründung dafür, daß man den Städten das Geld kürzen muß, verkauft werden, haben sich im Lande doch als ein riesengroßes Investitionsprogramm erwiesen.

In dieser Situation darf uns die Befürchtung, daß Sie für den Tag, an dem diese Nachfrage aus Ostdeutschland nachläßt, und wenn moderne Betriebe mit neuen Strukturen in Ostdeutschland beheimatet sind, keine Konzeption haben, nicht kaltlassen. Was dann auf Nordrhein-Westfalen zukommt, muß uns allen Sorge bereiten.

Wir können nun, in dieser Zeit, da die Bergbaufragen wesentlich weiter vorangetrieben sind und von niemandem, der heute von Strukturverbesserung und Strukturveränderung spricht, mehr gesagt werden kann, daß er den Bergbau plattmachen will, unvoreingenommener, so hoffe ich, über Strukturveränderungen in Nordrhein-Westfalen sprechen und müssen den Strukturwandel wirklich offensiv angehen. Das auch deshalb, weil Europa 1993 vor der Tür steht und weil wir uns nicht damit begnügen können, immer (B) nur darauf hinzuweisen, was Düsseldorf für einen Einzugsbereich hat, wie viele Menschen hier wohnen und welch günstige Lage es hat.

Herr Wirtschaftsminister, was Sie gerade in den letzten Wochen in der Stahlfrage geboten haben, war schon bemerkenswert. Sie konnten einem sehr leid tun; mir wenigstens haben Sie leid getan. Wie wollen Sie in Zukunft eigentlich noch von der nordrhein-westfälischen Wirtschaft ernst genommen werden?

Sie hatten sich - auch im Wirtschaftsausschuß - klar zu dem Zusammenschluß von Hoesch und Krupp bekannt und gesagt, das solle der neue Strukturwandel und der Fortschritt sein, gerade im östlichen Ruhrgebiet solle das nachgeholt werden, was im westlichen schon sei. Noch am 31. Oktober schreiben die Zeitungen: "Einert steht zu Aussage über Zusammenschluß." Einen Tag später schon heißt es aber: "Einert steht auf der Abschußliste der SPD; Wirtschaftsminister hat auch DGB gegen sich." Wenn Sie das Kreuz durchgedrückt hätten, hätten wir alle gesagt: (C)

Mein Gott, der Mann hat wenigstens Mut. Aber was machen Sie? Zwei Tage später entschuldigen Sie sich in Dortmund dafür, daß es Irritationen gegeben hat.

Meine Damen und Herren, was ist das für ein Wirtschaftsminister? Wenn er vor Verbänden auftritt, macht er ausschließlich Small talk, nirgendwo will er anecken. Zu den wirklichen Kernpunkten im Lande macht er überhaupt keine Aussage. Im Gegenteil, wenn er einmal etwas gesagt hat, was ein bißchen provoziert, geht er anschließend hin und entschuldigt sich.

So macht die SPD das die ganze Zeit. Sie hat die Wirtschaftsstrukturen regelrecht verfilzt und findet sich jetzt im eigenen Netz gefangen. Der eine verkündet in Bochum, der nächste in Dortmund, der dritte in Siegen, daß die Standorte jeweils erhalten werden müssen. Das ist die Situation! Eine klare wirtschaftspolitische Linie ist in keiner Weise mehr zu erkennen.

Es kommt noch schlimmer: Das Bild des Ruhrgebiets, das gerade durch die Anstrengungen der Privaten an Glanz gewonnen hatte, so daß wir glaubten, daß die Betriebe, die im Ruhrgebiet ansässig sind, neuen Mut finden, nach vorne blicken und investieren, hat durch diese Politik große Flecken bekommen. Was soll denn (D) ein Investor von außen über ein Gebiet denken, wo jede unternehmenspolitische Entscheidung so politisiert wird, wie es hier in den letzten Wochen passiert ist?

Herr Wirtschaftsminister, Sie machen bei jeder Gelegenheit Small talk. Sie reisen von Regionalkonferenz zu Regionalkonferenz, und die Region, in der Sie sich gerade befinden, ist jeweils die beste. Sie sagen kein kritisches Wort dazu, was aus der Sicht der Landesregierung vorangebracht werden müßte: Sie sagen nichts zu Entsorgungsnotwendigkeiten oder zu gesamtstaatlichen Notwendigkeiten im Verkehr. Sie äußern sich zwar allgemein, daß Verkehr notwendig sei, aber wirklich engagieren Sie sich nicht, um Notstände für die Zukunft abzuwehren.

Bei den Flächenproblemen und in der Altlastenfrage im Ruhrgebiet sind wir keinen Schritt weiter. Wie sollen sich denn dort Betriebe ansiedeln, wenn wir nicht gegen die Altlasten auf den Geländen angehen?

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

Selbst wenn die Flächen saniert worden sind, werden viele Angst haben, sich dort anzusiedeln, weil sie fünf Jahre später mit irgendeinem Schadstoff konfrontiert werden könnten, der vorher noch nicht entdeckt worden war. Deshalb wird es nicht leicht sein, auf diesen Flächen Industrie anzusiedeln, es sei denn, Sie ringen sich dazu durch, den Unternehmen neue Antworten zu geben.

Kein Wort auch über die Frage, wie man vielleicht in der Tarifdiskussion der jetzigen Zeit mit neuen Antworten einen Ausweg aus dem Dilemma finden könnte, daß es insbesondere möglich ist, in den nächsten Jahren in Ostdeutschland wirklich eine Angleichung an die Betriebe und an die Löhne hier bei uns zu finden. Da lobe ich mir natürlich Herrn Farthmann - -

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Zu Lohnbewegungen in Südafrika möchten Sie wohl auch noch etwas sagen!)

- Herr Mernizka, lassen Sie mich doch einmal etwas Positives sagen.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Mernzika [SPD])

(B) - Jetzt hat Herr Mernizka dem Herrn Farthmann wieder nicht zugehört. Das, was ich gerade gesagt habe, hat nämlich Herr Farthmann bei den Handwerkern auch vorgetragen, und ich wollte ihn gerade dafür loben.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, das ist für ihn auch einfach ein akustisches Problem, glaube ich.

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Ein intellektuelles!)

- Ein intellektuelles? Ich will Ihnen darin nicht widersprechen, Herr Kollege Arentz.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Farthmann hat bei den Handwerkern vorgetragen, wir müßten doch überlegen, ob man nicht in einer solchen Situation, in der wir uns jetzt befinden, auch in der Politik wirklich einmal darüber nachdenkt, welche Möglichkeiten zusätzlich geschaffen werden müssen, um die Arbeitnehmer etwa über die Teilhabe am Produktivkapital an dem zu beteiligen, was jetzt zuwächst, und nicht unbedingt über Tariflohnerhöhungen. Ich stimme ihm darin voll zu, wenn ich auch seinen Lösungsmöglichkeiten vielleicht nicht folgen kann. Aber lassen Sie uns doch einmal in ein ernsthaftes Gespräch darüber eintreten! (C)

Herr Wirtschaftsminister, ich verlange einfach von Ihnen, wenn Sie denn Führungskraft in der Wirtschaftspolitik zeigen wollen, daß Sie sich dazu äußern und nicht immer wegtauchen und nur unverbindliches Zeug erzählen!

(Beifall bei der CDU)

Ich will aber auch sagen, daß zu den Standortfaktoren, die wir hier alle unter dem Stichwort "Standort NRW" besprechen, auch Fragen aus dem Bereich Steuern, aus dem Bereich Arbeitszeitregelungen, aus dem Bereich Maschinenlaufzeiten gehören. Wie wollen wir denn etwa gegen die Regionen ankonkurrieren, die nur kurz hinter der Grenze in den Niederlanden liegen? Wenn es dort etwa andere Maschinenlaufzeiten gibt, dann hilft uns das alles nicht weiter, daß wir hier so schön sind und uns so wohlfühlen. Wir können nicht immer nur von den Standortqualitäten hier sprechen, wenn wir für die Zukunft nicht bereit sind, diese wirklich kritischen Fragen offensiv zu diskutieren. (D)

Das gleiche gilt auch für die Fragen mit den Abgaben und Steuern. Meine Damen und Herren! Das gilt für alle, das gilt auch für die Kollegen der eigenen Fraktion. Ich meine, Abgeordnete jedweder Art müßten nachts auch dann noch ruhig schlafen können, wenn sie einmal eine Woche lang keine neuen Steuern oder Abgaben vorgeschlagen haben. Das muß doch möglich sein! Wenn man erlebt, was zur Zeit geschieht, dann ist wirklich die Frage, ob nicht irgendwann einmal jemand eine Gummibärchenabgabe vorschlägt, weil Gummibärchen zum Zahnverschleiß beitragen und damit die Krankenversicherung belasten. Es ist wirklich allerhand, daß das noch nicht vorgeschlagen worden ist.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

Herr Busch meldet sich schon!)

- Ja, Herr Busch hat wahrscheinlich eine Vorstellung; er hat vorhin ja auch schon wieder mehrere Abgaben gleichzeitig vorgeschlagen. Wahrscheinlich fühlt er sich deshalb jetzt auch angesprochen. Vielleicht kann er auch nachts nicht ruhig schlafen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Meyer, wollen Sie eine Zwischenfrage vom Kollegen Busch zulassen?

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Wenn das nicht auf meine Zeit angerechnet wird, dann gerne!)

- Bitte schön!

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Kollege, nur ganz kurz: Können Sie sich vorstellen, daß nicht nur ich, sondern auch andere einen Unterschied zwischen einer Abwärmeabgabe und einer Gummibärchenabgabe erkennen können und daß es uns durchaus ansteht, über letzteres vielleicht nur sehr wenig, über ersteres aber sehr viel nachzudenken?

(B)

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Wenn alle Woche eine neue Abgabe vorgeschlagen wird, dann entdecken die betroffenen Leute nur, daß sie von neuen Abgaben und Forderungen umzingelt sind. Aber daß das ernst genommen wird, das kann doch überhaupt niemand mehr entdecken, und zwar auf keiner Seite!

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß noch ein Wort zum Haushalt und zum Vorgehen in den Haushaltsberatungen sagen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Dann haben wir ja Glück gehabt! Dann wissen wir endlich, wozu Sie reden!)

Ich habe das deshalb sehr kurz gemacht - -

(C)

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

- Ach, sei doch ruhig, Loke; du kommst ja gleich noch an die Reihe!

Meine Damen und Herren, das war eine Farce. Ich stimme allem, was hier gesagt worden ist, zu. Es war eine reine Farce, was hier gemacht worden ist: mitten in den Haushaltsplanberatungen ein Nachtrag!

Die SPD-Kollegen tun mir dabei noch viel mehr leid als wir uns selbst. Insofern hat der Kollege Tschoeltsch nicht recht: Wir dürfen dieses Verfahren wenigstens noch kritisieren; Sie dürfen es ja noch nicht einmal kritisieren, sondern müssen es mitmachen.

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

Sie können einem ja regelrecht noch viel mehr leid tun als wir uns. Sie sind von diesen Dingen genauso überfahren worden wie wir. Aber ein CDU-Abgeordneter kann wenigstens noch Kritik üben, während Sie das noch nicht einmal dürfen. Ich bin gespannt, ob der Kollege Stüber gleich anschließend das Verfahren auch kritisiert.

Meine Damen und Herren! Ausgerechnet das einzige Programm, das nun die kleinen und mittleren Betriebe, die Existenzgründungen und Betriebsverlagerungen wirklich fördert, das haben Sie trotz unseres Antrages nicht so gelassen, wie es war. Das bezeichnen Sie landauf, landab - noch vor zwei Tagen, Herr Wirtschaftsminister - als den Höhepunkt von Förderung für kleine und mittlere Betriebe! Das einzige Programm, aus dem nachweislich wirklich zu über 90 % Betriebe mit unter 100 Beschäftigten gefördert werden, haben Sie von 40 Millionen im ersten Ansatz auf 27 Millionen DM gekürzt! (D)

Meine Damen und Herren, das ist die Wirtschaftspolitik hier in Nordrhein-Westfalen! Ich finde es schon bemerkenswert, wenn alle Verbände - Arbeitgeberverbände, Handwerker und Einzelhandel - gemeinsam protestieren und Ihnen einen Brief schreiben, weil sie nämlich mit dieser Förderung nicht für den eigenen Betrieb sprechen, sondern für mehr Wettbewerb durch Existenzgründungen und für Betriebs-

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

verlagerungen von kleinen und mittleren Betrieben.

Ich schließe mich in dem Punkt allerdings der Analyse des Kollegen Busch voll an: Bei den 183 Millionen DM müssen Sie uns erst einmal nachweisen, daß das nicht ein ganz großer Bluff ist, den Sie hier veranstalten, daß Sie nicht in Wirklichkeit nur Positionen, die ohnehin in diese betroffenen Kohlegebiete gegangen wären, hier als neue Mittel für Kohlegebiete ausweisen. Wir werden ganz scharf darauf achten und versuchen, jede Position nachzuvollziehen. Sie werden nachweisen müssen, daß Sie Zusätzliches getan haben. Sie haben sich in Bonn dazu verpflichtet, und Sie verlangen es vom Bund. Was Sie bisher getan haben, ist in bester Jochimsen-Tradition: nur ein neuer Name für alte Schläuche. Das müssen Sie uns erst noch einmal zeigen, daß Sie wirklich etwas anderes machen, wirklich zusätzlich etwas für diese vom Strukturwandel betroffenen Gebiete vorantreiben.

Diese Verwirrnis, diese ganze Unsicherheit, keinerlei Konzeption vorhanden und zu sehen sowie das Verfahren - all das veranlaßt uns zu sagen: Wir können diesem Etatentwurf auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich bitte Herrn Kollegen Stüber, das Wort für die SPD-Fraktion zu ergreifen.

Abgeordneter Stüber (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Debatte zum Einzelplan 08 wäre ja eine schöne Gelegenheit und Chance, um hier gemeinsam über Wirtschaftspolitik zu debattieren. Aber diese Chance haben die beiden bisherigen Redner vertan. Ich finde es nicht sehr redlich, wenn sich heute morgen ein Redner der Opposition hinstellt und sagt, die Beratung wäre eine Farce, das Ganze wäre nur ein Ritual, und uns den Vorwurf macht, wenn auf der anderen Seite die Opposition die eigentlichen Themen schuldig bleibt.

(Beifall des Abgeordneter Mernizka [SPD])

Der Kollege Tschoeltsch hat bereits mehrfach - an zwei Händen ist das nicht mehr abzuzählen - die gleichen Fragen gestellt, die nun in Ausschußsitzungen und auch im Parlament mehrfach, teilweise sogar schriftlich, beantwortet worden sind.

(C)

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Meine Fragen sind nicht beantwortet worden!)

Ich meine, daß mindeste wäre, Herr Kollege Tschoeltsch, daß Sie das nachlesen, was Ihnen zugestellt wird.

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Zu den Handlungskonzepten für die Kohlegebiete ist sehr schnell von der Landesregierung ein Programm gemacht worden. Wenn Sie sagen, Sie haben das früh eingefordert, will ich darüber gar nicht streiten. Ich halte das zwar für nicht ganz korrekt, aber okay, geschenkt. Da müssen Sie doch loben, wie schnell die Landesregierung reagiert hat.

(Beifall des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Sie haben dann - ich glaube Ende November; ich kenne das Datum nicht, da ich die Drucksache nicht hier habe - ein sehr umfangreiches Papier bekommen, wo alle Kriterien aufgezählt worden sind - nach welchen Feldern und was denn da gemacht werden soll. Sie haben die feste Zusage des Ministers, im neuen Jahr eine projektscharfe Liste zu bekommen, damit wir über Projekte im Ausschuß informiert werden und mitberaten und mitdiskutieren können, was überhaupt nicht Pflicht der Landesregierung ist. Also, Kollege Tschoeltsch, dann finde ich es nicht ganz redlich, das immer wieder gleiche vorzutragen.

(D)

Kollege Meyer, also, das ist ja nun wirklich spannend mit Ihnen. Da gibt es Regionalkonferenzen in Nordrhein-Westfalen. Acht oder neun sind inzwischen gelaufen. Von denen waren Sie, wenn ich das richtig erinnere, bei zweien dabei. Da haben Sie sich, nachdem der Minister vorgetragen hat, zu Wort gemeldet und haben jeweils drei Kriterien vorgetragen, die eigentlich noch aus der alten ZIM-Runde stammen, nämlich: die Abgrenzung wäre nicht richtig, obwohl diejenigen, die da zusammen waren, sich selbst zusammengefunden hatten. Dann haben Sie gesagt, die parlamentarische Verantwortung würde ausgehöhlt, weil jetzt andere Gremien angeblich entscheiden

(A) (Stüber [SPD])

würden, und dann haben Sie gesagt, das wäre alles noch sehr allgemein, es fehlten die konkreteren Projekte. Das waren, glaube ich, Ihre drei Punkte. Da hat der Minister Ihnen in diesen beiden Konferenzen jeweils geantwortet. Dann haben wir das Ganze im Ausschuß noch - ich glaube, dreimal - debattiert. Nur bei der anschließenden Diskussion auf diesen Regionalkonferenzen, als dann die Betroffenen vor Ort zu Wort kamen und ihre Probleme vorgetragen und darüber gesprochen haben, wie sie versuchen wollen, diese gemeinsam zu lösen, waren Sie nie dabei. Deswegen spreche ich Ihnen ab, darüber hier so reden zu können, wie Sie das getan haben. Ich spreche Ihnen auch ab, mit solchen Zahlen, wie sie Sie hier vorgetragen haben, über das Land Nordrhein-Westfalen urteilen zu können. Ich frage mich wirklich: Wo leben Sie eigentlich? Wo leben Sie eigentlich?

(Beifall des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Ich will Ihnen aus dem Bericht der Kreditschutzorganisation "Kreditreform" - eine neutrale Instanz - vortragen, daß in Nordrhein-Westfalen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 10 557 neue Unternehmen gegründet worden sind. Das ist mehr als in Baden-Württemberg und mehr als in Baden-Württemberg und Bayern zusammen - zwei Länder, die Sie (B) uns immer als vorbildlich hinstellen. Nun gibt es natürlich auch bei Neugründungen welche, die sich da nicht so am Markt behaupten können, weil zu Neugründungen ja alles zählt. Das geht von der Imbißbude bis hin zum neuen Softwareproduzenten. Aber wenn man alles zusammenrechnet, bleiben im ersten Halbjahr, die Abgänge abgerechnet, immer noch 6 400 neue Unternehmen. Wie Sie zu einer solchen Zahl kommen - von 30 000 auf 24 000 von 1966 bis heute -, das ist ein schleierhafter Vorgang. So kommt es, daß wir heute erreicht haben, daß wir mit 6 Millionen Beschäftigten - die Zahl sage ich immer wieder - den höchsten Stand an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen haben und daß wir auch im Ruhrgebiet mit unter 10 % zum ersten Mal seit zehn Jahren die geringste Arbeitslosenquote haben. Ich denke, das sind Erfolge, die man sich einfach immer wieder einmal vor Augen führen muß. Aber ich glaube, man kann sie Ihnen so oft schildern, wie man will: Sie greifen sie nicht auf.

Deswegen will ich, weil Sie mir auch die Vorlage gegeben haben, von etwas berichten, was bei unserem Feier-Anlaß am letzten Sonntag passiert ist, als wir darüber gesprochen haben, daß wir seit 25 Jahren die Regierungsverantwortung haben und dies hier im Landtag als Anlaß für eine Feier verstanden. Da gab es eine Reihe Glückwunschschreiben. Kollege Meyer, wenn Sie jetzt einmal zuhören, dann zitiere ich einmal den Vorstandsvorsitzenden des Hoesch-Konzerns, Kajo Neukirchen. Der hat zu diesem 25jährigen Anlaß geschrieben - ich darf zitieren, Herr Präsident, und ich zitiere mit besonderer Freude -:

> Es ist unbestreitbar, daß der Strukturwandel in unserer Region in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht und sich auch das Image unseres Landes wesentlich verbessert hat. Die nordrhein-westfälische SPD hat in ihrer Regierungszeit einen beachtlichen Beitrag dazu geleistet und wichtige Orientierungen auch für die zukünftige Entwicklung gegeben.

Kajo Neukirchen, Original!

Oder ich zitiere Berthold Beitz, Vorsitzender des Kuratoriums der Alfred-Krupp-Stiftung, wie der das beurteilt. Wörtlich:

> Wie kein anderes Land sah sich Nordrhein-Westfalen mit den Problemen des Strukturwandels konfrontiert, und die Leistungen der Landesregierung bei der Bewältigung dieser Probleme muß jeder Beobachter anerkennen. (D)

Oder Klaus Pilz, Vorstandsvorsitzender des Veba-Konzerns, übrigens auch kein glühender Verfechter der Sozialdemokratischen Partei.

> (Abgeordneter Dr. Schwericke [CDU]: Hoffentlich! - Abgeordneter Dr. Riemer [F.D.P.]: Die werden sich sicher sehr darüber freuen, daß sie für die politische Auseinandersetzung benutzt werden!)

Der schreibt - Zitat, Herr Dr. Riemer -:

> Auch die politischen Gegner müssen einräumen, daß eine derart lange Amtszeit nicht ohne anerkannte Leistung möglich ist.

(C)

(A) (Stüber [SPD])

(Beifall bei der CDU)

- Vielen Dank für den Beifall!

Das könnte man fortsetzen,

(Zuruf des Abgeordneten Lanfermann [F.D.P.])

beispielsweise mit dem Aachener Kunstmäzen - Herr Lanfermann, vielleicht liegt Ihnen der näher; es ist zwar ein CDU-Mitglied - Professor Ludwig. Der schreibt:

> Es ist gelungen, die einst überwiegend auf Kohle und Stahl ausgerichtete Wirtschaft im Zuge der Strukturveränderung umzuorientieren und eine solide, zukunftsträchtige Gesamtwirtschaft aufzubauen.

So weit das Zitat.

Ich könnte eine ganze Reihe mehr bringen. Diese Zitate machen uns fröhlich, aber sie machen uns nicht überheblich.

(B) Deswegen, meine Damen und Herren, will ich auch noch ein paar Bemerkungen zum Haushalt machen, weil ich denke, das ist der eigentliche Sinn unserer heutigen Beratung.

Der vorliegende Haushalt ist ein Baustein für diese - ich sage das ganz bewußt - erfolgreiche Wirtschaftpolitik, die wir auch in den nächsten Jahren weiter fortführen wollen. Dieser Haushalt steht unter den Stichworten Konzentration und Kontinuität. Ich will das erläutern. Wir bleiben bei unseren Leitzielen, die wir ja mit der ökologischen und ökonomischen Erneuerung formuliert haben. Wir praktizieren trotz einer angespannten Haushaltslage Kontinuität. Sie müssen sich einmal den Haushalt ansehen; er ist mit 3,4 Milliarden DM Umsatzvolumen insgesamt fast gleich hoch wie der Haushalt 1991. Wir praktizieren Kontinuität auch mit den landesweit geltenden Förderprogrammen. Sie versuchen, das zu zerreden. Dadurch wird es aber nicht richtiger.

Das gilt für die Technologieförderung, die Förderung der beruflichen Ausbildung von Arbeitnehmern, die Qualifizierung und Beratung von Unternehmern, für die Existenzgründungsförderungen, die Unterstützung rationellen Energieeinsatzes und des Energiesparens. (C)

Dort, wo Kürzungen vorgenommen worden sind - beispielsweise beim Technologieprogramm Energie -, kann man diese auch nachvollziehen. So haben sich beispielsweise Kohletechnologien - dabei denke ich an die Veredelungsgeschichte unter dem Stichwort Bottrop - inzwischen so weit fortentwickelt, daß eine weitere Förderung des Forschungs- und Entwicklungsbereiches nicht mehr nötig ist. Man kann darüber diskutieren - dazu müssen Sie sich dann äußern -, ob wir angesichts der derzeitigen Preislage eine Markteinführung subventionieren sollten.

Zunächst einmal haben wir das nicht vorgesehen, und von daher ist dort eine Kürzung denkbar. Sie wissen ja auch, daß sich das geplante Engagement des Landes beim Kohlekraftwerk der Zukunft auch nicht so ausgewirkt hat, weil es entsprechende Investitionsvorhaben zur Zeit eben nicht gibt. Deshalb gibt es in diesem Programm eine Kürzung, die - das sage ich insbesondere Herrn Dr. Busch - durchaus vertretbar ist.

Wir werden unter dem Stichwort Konzentration unsere Wirtschaftspolitik nicht nur auf strukturpolitische Schlüsselbereiche, sondern auch auf besonders strukturschwache Regionen ausrichten. Wie notwendig das war, hat ja bereits die Regierungserklärung deutlich gemacht. Ich habe davon gesprochen, daß die Landesregierung bereits einen Tag, nachdem die Ergebnisse der Kohlerunde vorlagen, ein mit 1 Milliarde DM veranschlagtes Programm als Handlungskonzept für die Kohleregionen vorgelegt hat. Für 1992 sind 140 Millionen DM sowie 130 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen dafür veranschlagt worden. (D)

Um diese Landesmittel bereitstellen zu können, sieht der Haushalt eine ganze Reihe von Umschichtungen vor. Ich denke, daß es auch eine großartige Form der Solidarität ist, wenn andere Landesteile zugunsten stärker benachteiligter Gebiete - darin liegt ja auch die Aufgabe regionaler Wirtschaftsförderung - etwas erbringen. Die Opposition hätte allen Anlaß, dies mitzutragen und zu rühmen, anstatt - wie Sie es getan haben - zu versuchen, dies mit Herummäkeln und falschen Zahlenspielereien in den Keller zu reden.

(A) (Stüber [SPD])

Wir würden von der Opposition auch verlangen, daß sie nicht nur ein bißchen konstruktiver mitwirkt, sondern sich auch in Bonn, wo sie ja noch die Regierung stellt, etwas stärker einsetzt, damit - wie zugesagt - auch Bonn an diesem Programm endlich mitwirkt und seinen Beitrag leistet, wie es die Landesregierung mit der Bereitstellung von Mitteln getan hat.

Dieses ist - das sage ich noch einmal deutlich - um so notwendiger, als viele dieser Regionen, die durch die Ergebnisse der Kohlerunde besonders betroffen sind, bereits durch die Kürzung der Strukturhilfemittel betroffen waren. Auch darüber haben wir häufiger miteinander diskutiert.

Ich will auch noch einmal auf den wiederholten Vorwurf eingehen, es werde in diesem ganzen Bereich nur Großförderung betrieben. Das ist für Nordrhein-Westfalen gesehen absoluter Unsinn. Ganz im Gegenteil: Die kleineren und mittleren Unternehmen und Betriebe werden bei uns besonders und sogar überproportional unterstützt und gefördert.

Ich will Ihnen das anhand einiger Zahlen deutlich machen: Von insgesamt 2,34 Milliarden DM Technologieförderung sind in den letzten sieben Jahren 44 % (B) für kleinere und mittlere Unternehmen ausgegeben worden. Im letzten Jahr waren es sogar 85 %.

Auf Bundesebene sieht das völlig anders aus. Dort waren es nur 13 %.

Während in Nordrhein-Westfalen auf die 30 größten geförderten Unternehmen nur 21 % der Fördermittel entfielen, waren es auf Bundesebene durch die von der Bundesregierung geleisteten Fördermittel im gleichen Zeitraum über 52 %.

Allein 45 % aller Forschungsmittel des Bundes - nämlich insgesamt 2,7 Milliarden DM - sind 1989 an einen einzigen Konzern, nämlich Daimler-Benz gezahlt worden. Und bei den militärischen Forschungsaufträgen erhielt dieser Konzern sogar über 60 % aller bereitgestellten Mittel.

Bezieht man das nun auf die Zahlen für die Jahre 1983 bis 1989, war dieser Konzern mit 15 Milliarden DM der absolute Einkassierer aller Forschungsmittel. Auf Platz zwei lag ein Konzern mit dem Namen Siemens. Ich denke, beide gehören sicherlich nicht zu den kleineren oder mittleren und bestimmt auch nicht zu den strukturschwächsten Konzernen. (C)

Dies wäre denn, wenn Sie kritisieren, meine Damen und Herren, kritikwürdig. Sie sollten nicht versuchen, an unserer Politik herumzumäkeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen diese Politik der Förderung der kleineren und mittleren Betrieben fortsetzen. Ich sage ganz offen: Beim beschäftigungsorientierten Förderprogramm gibt es Kürzungen. Darüber ist geredet worden. Das wird von draußen kritisiert.

Aber jetzt muß ich der Opposition sagen: Wir waren uns im Lande einig, daß wir die einzelbetriebliche Förderung einstellen wollten. Von da aus haben wir gesagt, daß dann der Fördertatbestand der Betriebsverlagerung in diesen Bereichen überprüft werden muß und wir diese Förderung zurückfahren. Wir wollten sehen, ob man im Einzelfall nachprüfen muß, wenn eine Verlagerung aus ökologischen und städtebaulichen Gründen dringend notwendig wird, der einzelne aber überfordert ist. Das ist also keine radikale Kürzung, sondern man kann durchaus die Einzel- (D) fallprüfung zulassen. Das wollen wir uns dann nach einem Jahr einmal anschauen.

Was wir jetzt beschließen, beschließen wir für das Jahr 1992. Die Zahlen, die Herr Meyer vorgetragen hat, waren Ankündigungen für die folgenden Jahre.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Wollen Sie denn - -)

- Wir haben - lassen Sie mich das eben sagen, Herr Kollege Tschoeltsch - überhaupt keine Hemmungen, beim nächsten Haushalt darüber nachzudenken und zu sagen, daß diese Verlagerungsgeschichte dennoch notwendig ist. Das werden wir dann beim nächsten Haushalt auch entsprechend korrigieren. Denn Wirtschaftspolitik ist keine dogmatische Politik, sondern muß sich auch den Gegebenheiten anpassen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Stüber,

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Tschoeltsch zulassen?

(Abgeordneter Stüber [SPD]: Herr Präsident, Sie sind immer so nett, das nicht auf die Zeit anzurechnen!)

- Wir machen das so, wie es vernünftig ist.

(Abgeordneter Stüber [SPD]: Bitte schön.)

- Bitte schön, Kollege Tschoeltsch.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Kollege Stüber, sind Sie denn nicht auch der Meinung, daß es für uns als Parlamentarier bei diesen Kürzungen, die jetzt vorgeschlagen wurden, wichtig wäre zu hören, was in dem Zwischenbericht, den bisher nur das Kabinett kennt, enthalten ist? Dort müßte aufgelistet sein, was inhaltlich gekürzt beziehungsweise verändert werden soll. Das interessiert uns.

Bisher hat die Landesregierung das Geheimnis leider nicht gelüftet.

(B) **Abgeordneter Stüber (SPD):** Herr Kollege Tschoeltsch, Sie vermischen zwei Dinge.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Nein!)

Sie vermischen den Zwischenbericht betreffend die Programmwirksamkeit mit der Finanzumschichtung zugunsten des Aktionsprogramms für benachteiligte Kohlegebiete.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das ist eins!)

Das sind zwei Felder.

Zur Programmwirksamkeit haben wir einen ersten informellen Bericht gehört. Und es ist uns zugesagt worden, daß wir Anfang des Jahres einen umfassenden Bericht erhalten. Das hat der Minister für seinen Bereich ausdrücklich zugesichert. Dann können wir im Detail, da es sich um längerfristige Auswirkungen handelt, darüber diskutieren.

(C)

Bei der Umschichtung geht es um das Jahr 1992, um einige Programme, die zugunsten der benachteiligten Kohlegebiete umgeschichtet worden sind. Diese Umschichtung können wir in 1993 anders vornehmen. Das habe ich gerade am Beispiel des Beschäftigungsorientierten Förderungsprogrammes versucht zu verdeutlichen. Auch da haben wir eine Chance.

Aus diesem Grunde ist der Vorwurf, Parlament und insbesondere Opposition seien nicht informiert worden, nicht richtig. Es ist richtig, daß eine Information über die Programmwirksamkeit noch aussteht, daß sie aber zugesagt ist. Lassen Sie uns im Juni noch einmal darüber reden. Wenn Sie dann beklagen, Ihnen läge der Bericht nicht vor, Sie seien nicht informiert worden, dann haben Sie recht.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber jetzt sollen wir entscheiden!)

Aber heute sind es noch 14 Tage bis Weihnachten, und der Bericht ist für Anfang des nächsten Jahres zugesagt worden. So ein bißchen Geduld sollten Sie doch haben.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber heute sollen wir entscheiden! - Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Er war doch schon für Ostern zugesagt!) (D)

Meine Damen und Herren, ich will noch eine letzte Bemerkung machen, und zwar zur Landesaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung", weil ich glaube, daß es wichtig ist, folgendes noch einmal zu erwähnen: Die Mittel dafür sind nicht gekürzt worden; sie bleiben mit 96 Millionen DM unverändert.

Und wir wollen diesen Betrag auch in Zukunft unverändert halten, weil wir meinen, daß wir auch künftig für Einbrüche in bestimmten Bereichen gewappnet sein müssen. Wir wissen, daß es im Stahlbereich, unabhängig davon, was jetzt im Zusammenhang mit Krupp und Hoesch läuft, mit Sicherheit zu Veränderungen kommen wird. Wir haben gerade versucht, die Auswirkungen der Kohlerunde in ein Handlungskonzept umzugießen. Wir müssen damit rechnen, daß es - ich nenne das Stichwort "Automobilzulieferer", ich nenne das Stichwort "Chemie", ich nenne das Stichwort "Informatiktechnik" - zu Veränderungen kommt

(A) (Stüber [SPD])

und Landesregierung und Landeswirtschaftspolitik helfen müssen. Dafür brauchen wir dieses Programm.

Und wir brauchen es auch für einen Standort wie Kalkar. Dazu möchte ich noch einen Satz sagen. Ich glaube, daß das, was heute in den Zeitungen steht, nur eine Ente sein kann. Zu glauben, man könnte Kalkar helfen - auch wenn sich die Kalkaraner an diesen Strohhalm klammern -, indem man aus dieser Ruine ein atomares Zwischenlager macht, ist in der Tat, wie es Friedhelm Farthmann, der Fraktionsvorsitzende, formuliert hat, ein absurdes Gedankenspiel.

(Zustimmung bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen hat seine Schulaufgaben, was Zwischenlager angeht, gemacht. Alle anderen haben ihre Schulaufgaben noch vor sich. Und es kann doch nicht sein, daß wir diese nach wie vor drängende Entsorgungsproblematik, die immer wieder so verdrängt und verniedlicht wird, dadurch lösen, daß wir unser Land mit Zwischenlagern überziehen, damit sich andere behaglich und handlungslos zurücklehnen können. Meine Damen und Herren, dies werden wir nicht mitmachen. Wir sagen nach wie vor: Die Entsorgungsfrage ist neben vielen anderen Risiken, die der Energieträger Atomkraft mit sich bringt, das (B) größte und ein wachsendes Problem. Und wir werden spätestens Ende dieses Jahrzehnts, wenn wir auf die Jahrtausendwende zugehen, hier noch ganz dramatische Debatten zu führen haben, wenn es bis dahin noch keine Lösung gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächstem Redner darf ich Herrn Abgeordneten Dr. Busch für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stüber, herzlichen Dank für Ihre letzten Bemerkungen. Ich würde die Fragen sofort an den Herrn Minister weitergeben, nämlich ob er vielleicht hier im Plenum erklären kann, wie es denn kommt, daß Ministerialbeamte, die in dieser sogenannten Expertenrunde zu Kalkar vertreten waren, offenbar - jedenfalls wenn man den Zeitungsberichten glauben kann - dafür waren, daß in Kalkar ein atomares Zwischenlager errichtet wird, und daß die GNS - die Gesellschaft für Nuklearservice - ganz konkrete Überlegungen und Ermittlungen anstellt, Finanzierungsrahmen abgesteckt hat. Es scheint also doch sehr konkret zu sein. Vielleicht finden Sie, Herr Einert, ja ausnahmsweise einmal den Mut, hier dann ganz konkret nein zu sagen. Das wäre hilfreich. (C)

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Ich will zum Haushalt kommen! Der Haushalt des Wirtschaftsministers hat vier Schwerpunkte:

- Regionalpolitik
- Kohlepolitik
- Energiepolitik
- Selbstdarstellung des Wirtschaftsministers.

Ich will mit dem letzten beginnen. Wir GRÜNEN erkennen natürlich hier ein schwerwiegendes Problem, nämlich: Wie kann sich ein Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen bekannt machen?

Darauf kann man folgendes antworten: (D)

Erstens, indem er für Schlagzeilen sorgt - positive oder negative; so geschehen, als sich unser Wirtschaftsminister, da noch ganz die ehrliche Haut, für die Übernahme von Hoesch durch Krupp aussprach. Im Ausschuß haben Sie uns dann ja auch noch einmal - Herr Meyer hat vorhin darauf hingewiesen - ganz klar dargelegt, welche Gesichtspunkte aus Ihrer Sicht für eine solche Lösung sprechen. Pech für Sie, daß Sie dann, als Sie eingeknickt sind, noch einmal negative Schlagzeilen bekommen haben und daß sich die vielbeschworenen betriebswirtschaftlichen Vorteile, von denen im Ausschuß auch die Rede war, immer mehr in Luft auflösen, dafür aber die regional- und arbeitsmarktpolitischen Nachteile immer offensichtlicher werden. Fazit: Da sind Sie offenbar ganz kräftig ins Fettnäpfchen getreten.

Zweitens, indem sich der Wirtschaftsminister über die punktuelle Vergabe von Fördermitteln vielfältige öffentlichkeitswirksame Auftritte verschafft. Das ist sicherlich eine konsequente Marketingstrategie; so

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]) (C)

geschehen bei der Zerstückelung von Nordrhein-Westfalen in 15 Einzelregionen, die dann alle vom Wirtschaftsminister persönlich über die Wohltaten des Landes aufgeklärt werden. Überschrift: Hier bedient Sie der Wirtschaftsminister persönlich.

Und drittens, indem Sie großformatige Anzeigen schalten. Dies geschieht über die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung. "Der Wirtschaftsminister informiert: Wir in NRW sind Spitze!" Und die neue Wirtschaftsagentur, die zusätzlich 8 Millionen DM erhalten wird, soll offenbar schwergewichtig ihre Aktivitäten auf diese Art von Medienförderung verlegen.

Wir GRÜNEN halten das für verzichtbar und schlagen statt dessen vor, mit diesem Geld - immerhin 8 bis 10 Millionen DM - das Benachteiligtenprogramm zur Förderung von Ausbildungsplätzen aufzustocken, das gerade erst in unverantwortlicher Weise zusammengestrichen wurde. Das ist unser Antrag Nummer 3, der Ihnen heute vorliegt und gleich zur Abstimmung kommt.

Die NRW-Regionalpolitik stand vor kurzem auf dem Prüfstand, als es nämlich im Hearing des Wirtschaftsausschusses Stellungnahmen von einer breiten Palette von Interessenten und Wissenschaftlern gab, die sich (B) zur Effizienz dieser Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen geäußert haben. Das Ergebnis war niederschmetternd. Nur der Minister hat es offenbar nicht gemerkt.

Und die Behauptung, mit Hilfe einer konsequenten Wirtschaftspolitik habe die Landesregierung den Strukturwandel gemeistert, erweist sich bei näherem Hinsehen als abwegig - allerdings genauso abwegig wie die Behauptung der CDU, der Strukturwandel sei trotz der Landespolitik erfolgreich verlaufen. Tatsache ist jedoch, daß er überhaupt nicht erfolgreich verlaufen ist.

Herr Stüber, ich muß sagen, es ist schon ziemlich peinlich, wenn man im Plenum Glückwunschtelegramme von irgendwelchen Wirtschaftsgrößen zitieren muß, um Erfolge suggerieren zu können, zumal die Schreiben noch nicht einmal vom Text das hergeben, was Sie hier suggerieren wollten. Das kann man auch anders machen. Daß Sie das fröhlich stimmt, Herr Stüber, ist für uns eine Freude. Aber wirtschaftspolitische Erfolge des Landes kann man auf die Art nicht belegen.

Die gegenwärtige Erholung, auch im Ruhrgebiet, hat nämlich konjunkturelle Ursachen und droht ebenso schnell zu Ende zu gehen, wie sie gekommen ist.

Immer noch hinkt Nordrhein-Westfalen - das hat Herr Meyer gerade ausgeführt - in wichtigen Daten hinter anderen Bundesländern zurück. Die alten Strukturen erweisen sich eben als zählebig. Die sozialen Folgen des schwerfälligen Wandels sind dennoch - obwohl er so schwerfällig ist - dramatisch. Arbeitsplatzverluste bei Kohle und Stahl lassen sich kaum auffangen.

Das dürfte eigentlich auch niemanden überraschen. Insofern sind wir überrascht, daß Sie überraschend einen Handlungsrahmen für die Kohleregion vorlegen, obwohl das Problem nun wirklich seit Jahren bekannt ist, also von den Problemen und auch von den Ergebnissen der Kohlerunde eigentlich niemand überrascht sein konnte. Um so ärgerlicher sind dann die Verharmlosungen und Gesundbetereien aus dem Wirtschaftsministerium. Die reden über ihre Regionalpolitik, als wäre damit ein belangvoller Beitrag zur Problemlösung geleistet. Dabei handelt es sich im wesentlichen um symbolische Handlungen, die eben viel Geld kosten, aber dann wenig bewirken. Herr Meyer (D) hat es gerade "Small talk" genannt. Ich habe es in Hagen auf der Wirtschaftskonferenz gerade wieder erlebt: Das hat niemanden geärgert, aber auch niemanden aufgeregt; es war eben belanglos.

Das Hearing hier im Wirtschaftsausschuß hat deutlich gemacht, daß Unternehmen Geschenke der öffentlichen Hand gern annehmen, ihre Entscheidungen davon aber lieber nicht abhängig machen. Das finde ich eine vernünftige Position. Wenn die Förderzusagen erst nachträglich erfolgen, wenn Fördersätze im Bereich unter 2 % liegen, wenn der bürokratische Aufwand zur Erlangung von Fördermitteln über dem erträglichen Maß liegt, dann reagieren Unternehmen eben vorsichtig. Sie kalkulieren ohne eine mögliche Förderung. Wenn die öffentliche Förderung dann kommt, geht sie halt ins Leere.

Es ist aus meiner Sicht unbestreitbar, Herr Stüber, daß Handwerksbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen bei der Mittelvergabe auch in Nord-

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

rhein-Westfalen - vielleicht weniger als auf Bundesebene - systematisch benachteiligt werden. Auf dem Hearing ist ausführlich darauf hingewiesen worden: Sie haben in der Regel keinen überregionalen Absatz, sie können keine EG-Partner vorweisen, sie haben nicht die spezifischen Kenntnisse und Connections, um die richtigen Anträge an die richtige Stelle zu leiten. Nicht zuletzt kennen sie vielleicht auch nicht die richtigen Politiker an der richtigen Stelle.

Ihr jetziges Regionalisierungskonzept hat einen entscheidenden Konstruktionsfehler, den Sie übrigens mit dem Hinweis auf Kabinettsbeschlüsse nicht wegwischen können. Es ist und bleibt nämlich völlig unklar, welchen Einfluß eine Prioritätensetzung in der Region auf die Förderung durch das Land tatsächlich hat. Weder ist garantiert, daß ein Projekt mit hoher Priorität in der Region tatsächlich vom Land gefördert wird, noch ist es unwahrscheinlich, daß ein Projekt ohne Priorität aus der Region dann nicht doch aus Landesmitteln gefördert wird. Das heißt, lediglich die Förderwege werden unübersichtlicher, an der Realität ändert sich aber - ob mit oder ohne Regionalkonferenzen - kaum etwas.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: So ist es!)

(B) Ihre Kollegen, Herr Einert, kümmern sich überhaupt nicht um Ihre Regionen. Herr Clement hat auf dem Städtetag ganz klar gesagt, daß er diese Miniregionen für Firlefanz hält. Ohne Spesen nichts gewesen, könnte man sagen.

Ich glaube - und wir GRÜNEN haben dazu auch die Beschlüsse gefaßt -: Es gibt einfachere Wege zu einer wirksamen Stärkung der Regionen in Nordrhein-Westfalen. Verbessern Sie einfach die Finanzausstattung der Kommunen - das war ja gerade Ihr Tagesordnungspunkt vorher -, fördern Sie die freiwillige interkommunale Zusammenarbeit - zum Beispiel bei der Erschließung und Bewirtschaftung von Gewerbeflächen -, richten Sie eine zweite Kammer der Kommunen auf Landesebene ein, die das Gesetzgebungsverfahren ergänzt, wenn es um kommunale Belange geht. Ich denke, das sind Ansatzpunkte, die wir weiter verfolgen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Wir haben Ihnen heute, damit Sie - wenn schon nicht im Ausschuß, dann wenigstens hier im Plenum - eine Ahnung von dem bekommen, was wir uns vorstellen, einen ausführlichen Antrag - - Herr Mernizka hat eine Zwischenfrage, die ich gern beantworte.

Vizepräsident Dr. Klose: Erlauben Sie, Herr Dr. Busch? - Bitte schön, Herr Mernizka.

Abgeordneter Mernizka (SPD): Sie haben die Nichtunterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit kritisiert. Wissen Sie - ich will das einmal so verkürzt sagen -, daß das ein "Bohren dicker Bretter" ist, wenn man so etwas überhaupt zustande bringt? Das kann man doch nicht einfach verkünden, lieber Herr Busch. Da muß man jahrelang gewachsene Strukturen aufbrechen. Wissen Sie das? Dann beurteilen Sie das immer noch so, wie Sie das jetzt machen?

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Ich habe das in der Stadt, in der ich lange gelebt habe, in Bochum, leidvoll erlitten, in welchem Ausmaß gerade SPD-Politiker Kirchturmpolitik betreiben.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Dann kennen Sie das ja!) (D)

Das kann uns aber überhaupt nicht entmutigen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Aber dann können Sie der Landesregierung nicht vorwerfen, daß sie das nicht tut!)

- Herr Mernizka, das war aber keine Zwischenfrage mehr; das war jetzt nur noch ein Herumtoben, und darauf kann ich nicht antworten.

Wir haben Ihnen hier einen ausführlichen Antrag vorgelegt, Anlage 5, der die von uns geforderte Umorientierung der Regionalförderungen skizziert. Als einen ganz kleinen Schritt in diese Richtung eigenständiger Regionalentwicklung schlagen wir Ihnen nach hessischem Vorbild die Gründung eines Vereins vor - das ist die Anlage 4, die Ihnen vorliegt -, der die planerischen, rechtlichen und finanziellen Konzepte zur Förderung von Direktvermarktung, ökologi-

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]) (C)

schem Bauen, sanftem Tourismus und viele andere Forderungen und Vorstellungen in der Richtung für den ländlichen Raum entwickeln soll. Vielleicht kann der Herr Minister auf diese Vorstellungen einmal eingehen.

Ich möchte noch einmal auf die Montanregionen zurückkommen, denn es muß vielleicht noch einmal darauf hingewiesen werden, daß es die großen Stahl- und Bergbauunternehmen sind, die diesen Strukturwandel in den Montanregionen massiv behindert haben. Sie haben durch die Sperrung von wichtigen Flächen, die Bindung von Fachkräften und ihren beherrschenden Einfluß auf die Kommunen, gerade im Ruhrgebiet, eine sehr unheilvolle Wirkung ausgeübt.

Nehmen wir nur einmal die VEBA; sie ist selber Besitzerin sehr großer, mehr oder weniger kontaminierter Grundstücke im Ruhrgebiet. Sie verkauft diese Grundstücke, möglichst mit Gewinn, ist dann über ihre Tochtergesellschaften auch noch an der Sanierung dieser Grundstücke mit beteiligt und verdient natürlich an solchen Projekten, die dann auch noch mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Das Ganze findet dann auch noch unter dem Deckmantel der Internationalen Bauausstellung, der IBA, statt, wie zum Beispiel bei der Sanierung des Geländes Tinkausstraße in Waltrop.

(B)

Sie stellen die IBA mit einigen wirklich interessanten Projekten in den Mittelpunkt Ihrer Außendarstellung über das Ruhrgebiet, verschweigen aber die Kehrseite der Medaille.

Sie wollen nämlich gleichzeitig das Ruhrgebiet zum industriellen Entsorgungszentrum ausbauen, also mit Sondermülldeponien, mit Sondermüllverbrennungsanlagen, mit Automobilverschrottungsanlagen etc. Da können nicht einige Jachthäfen, einige Industriedenkmäler und die Verrohrung der Abwasserkloake Emscher über diese schmutzige Realität im Ruhrgebiet hinwegtäuschen. Ein ökologisches, sozialverträgliches Gesamtkonzept für das Ruhrgebiet ist die IBA jedenfalls nicht.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das stimmt!)

Herr Ministerpräsident Rau, der jetzt leider nicht da ist, hat hier im Landtag das Ergebnis der Kohlerunde vorgestellt. Ich weiß nicht, ob Sie gemerkt haben, Herr Einert, daß dieser verkündete Konsens bereits wenige Wochen, ja, Tage später zu Makulatur geworden ist. Erstens nämlich hat der Bundesfinanzminister lapidar den Dissens über die alles entscheidende Finanzierungsfrage festgestellt und damit Herrn Möllemann und auch Sie, Herr Einert, in den Regen gestellt.

Anders kann man es ja wohl nicht bezeichnen, wenn die Grundlage für diesen Konsens entfallen ist.

Dann hat die EG erklärt, ihre Zustimmung können nur erteilt werden, wenn die Fördermengen zugunsten der Haldenauflösung noch weiter gesenkt würden. Die EG hat also nicht nur die Förderzahlen nach unten, sondern indirekt auch die Arbeitslosenzahlen nach oben korrigiert. Nach diesen Zahlen müßte man bereits mit 4 000 bis 5 000 Beschäftigten weniger rechnen. Das heißt also, es sind eher mehr als 40 000 Beschäftigtenverluste in den Montanregionen.

Und jetzt wundern wir uns, daß die Bergbauunternehmen angeblich heute noch nicht sagen können, wieviele Arbeitsplätze durch welche Umstrukturierungen tatsächlich verlorengehen, während sie beim Wirtschaftsminister aber schon ein detailliertes Anpassungskonzept vorgelegt haben, auf dessen Grundlage dann Fördermittel in Höhe von 2,25 Milliarden DM - Landesanteil: 750 Millionen DM - zugesagt werden konnten. Das heißt doch, daß den Betroffenen und der Öffentlichkeit wieder einmal entscheidende Informationen vorenthalten wurden, daß mit einem Federstrich die finanziellen Spielräume künftiger Jahre entscheidend beschnitten werden, ohne daß das Parlament die Unternehmensplanungen überhaupt zur Kenntnis nehmen kann. (D)

Das heißt: Wir entscheiden hier über Milliardenbeträge, ohne die Auswirkungen oder mögliche Alternativen wirklich beurteilen zu können. Das ist eine absolute Entmündigung des Parlaments, die wir GRÜNEN schärfstens kritisieren.

(Ja! und Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Stüber hat dann gesagt, die Landesregierung habe auf die Ergebnisse der Kohlerunde schnell rea-

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]) (C)

giert. Einen Tag danach habe schon der Handlungsrahmen vorgelegen. Ich habe vorhin schon gesagt: Ich finde das absolut lächerlich, weil die Probleme der Montanregionen seit Jahren bekannt sind. Da hätte man wirklich schon längst ein Konzept vorlegen können und brauchte nicht auf die Kohlerunde zu warten.

Das zweite ist aber: Sie sagen den Leuten nicht - und das ist nichts als die reine Wahrheit -, daß Sie das Geld von der linken Tasche in die rechte Tasche schaufeln, daß Sie die einen Titel für die Montanregionen kürzen und die anderen Titel für die Montanregionen aufstocken. Das ist einfach lächerlich. Das ist Roßtäuscherei. Das ist ein Bluff, wie Herr Meyer gerade gesagt hat.

Herr Hegemann ist jetzt leider nicht da. Er hat heute morgen die Debatte verunklart, indem er Angst um das Sauerland geäußert hat. Ich kann Herrn Hegemann beruhigen: Das Sauerland wird darunter nicht leiden, weil es Gelder aus den Montanregionen sind, die in die Montanregionen geleitet werden. Ein Nullsummenspiel! Die Montanregionen haben davon überhaupt nichts.

(B) Sie sagen uns aber nicht - das ist der nächste Kritikpunkt -, wofür Sie diese 183,5 Millionen DM, die Sie zuvor aus dem Programm für die Montanregionen gekürzt haben, nun tatsächlich verwenden wollen. Wir sollen hier also als Parlamentarier/innen einen Blankoscheck zur Konzeptionslosigkeit unterschreiben. Ich finde das eine Zumutung. Das einzig seriöse Verfahren wäre doch wohl, daß Sie einen Nachtragshaushalt zu diesem Handlungsrahmen vorlegen, wenn Sie denn endlich wissen, wofür Sie das Geld tatsächlich brauchen.

(Zustimmung der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Das können Sie dann ja verbinden mit dem Nachtragshaushalt für den Schulbereich, wo Sie ebenfalls nachsitzen müssen, weil Sie noch kein Konzept vorgelegt haben, obwohl es schon längst angekündigt wurde.

Ich hatte schon erwähnt, daß die Mittel für die "Rationelle Energienutzung" in der Ergänzungsvorlage gekürzt werden. Es handelt sich, Herr Stüber, um eine echte Kürzung - nicht nur deshalb, weil das Kohlekraftwerk der Zukunft vorerst nicht gebaut wird, sondern es betrifft ganz konkret Programme und Projekte, die nicht anfinanziert werden können.

Wir fordern eine Aufstockung der Mittel für den Bereich "Rationelle Energienutzung" auf mindestens das Niveau von 1985. Wir sind ganz bescheiden: Wir fordern nur eine Rückkehr auf das Niveau von 1985. Jetzt, 1992, liegen wir um 100 Millionen DM unter dem, was im Landeshaushalt 1985 für "Rationelle Energienutzung" zur Verfügung stand. Wir fordern also ganz bescheiden, ganz realpolitisch, daß wir uns diesem Niveau von 1985 wieder annähern. Wir haben Ihnen dazu einen Antrag vorgelegt.

Wir haben Ihnen auch einen Antrag zur Einführung einer Abwärmeabgabe vorgelegt.

Im Ausschuß waren Sie nicht in der Lage, über unsere Anträge überhaupt nur zu diskutieren. Im Gegensatz zu dem, was hier im Plenum häufig behauptet wird, haben sich die Ausschüsse zumindest bei den Haushaltsberatungen wohl fast überall als ihrer Aufgabe nicht gewachsen erwiesen; also: Note 6.

Ich finde, das ist eine bedauerliche Streitkultur. Jedenfalls ist diese Streitkultur wesentlich schlechter als die bei uns GRÜNEN. - Danke schön. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister Einert, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gestehe, ich habe mir in den letzten Minuten, in der letzten halben Stunde überlegt, ob ich überhaupt noch etwas sagen soll. Denn Sie haben hier keinen einzigen neuen Gedanken entwikkelt.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Streit zwischen uns besteht ja nicht darin, daß Sie

(A) (Minister Einert)

anderer Meinung wären. Das ist legitim und in einer Demokratie selbstverständlich. Das, was ich als schlimm empfinde, ist, daß Sie sich konstant weigern, überhaupt das, was wir in mehreren Sitzungen des Ausschusses und des Plenums bisher diskutiert haben, worauf Sie Antworten bekommen haben - schriftlich und mündlich -, zur Kenntnis zu nehmen. Sie sind ja wohl nicht einmal in der Lage oder willens, das nachzulesen, was Sie an Informationen bekommen.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Die können nicht lesen!)

Und dann, muß ich sagen, stehlen Sie uns hier die Zeit!

(Zustimmung bei der SPD)

Es kommt kein neuer Gedanke.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Sie können sich ja setzen.)

- Das werde ich auch gleich tun. Aber einige Positionen wollte ich für mich als Wirtschaftsminister zuvor deutlich machen. Es sind einige Positionen zur Klarstellung.

(B)

Die erste Bemerkung: Ich weiß nicht, woher Kollege Meyer seine Information nimmt, wir hätten einen negativen Saldo von Betriebsgründungen. Sie können fast in jeder Statistik, nicht nur in denen, die der Wirtschaftsminister veröffentlicht hat, nachlesen, daß das objektiv falsch ist. Wir haben im Durchschnitt der letzten Jahre pro Jahr ungefähr 80 000 Neugründungen von Unternehmen in Nordrhein-Westfalen gehabt, vom einzelnen Einzelhändler über den Zwei-Mann-Betrieb bis zu größeren Unternehmen. Demgegenüber haben wir pro Jahr etwa 70 000 Betriebsaufgaben aus den verschiedensten Gründen. Das heißt, wir haben einen Positivsaldo von etwa 10 000 im Durchschnitt der letzten Jahre. Wie Sie zu einem Negativsaldo kommen können, darüber können wir uns ja einmal unterhalten.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

(Minster Einert: Bitte.)

- Kollege Schauerte, bitte schön!

(Zunächst ist ein falsches Tischmikrofon eingeschaltet.)

Abgeordneter Schauerte (CDU): So, nun ist es auch bei mir rot.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das kann nicht sein, Herr Schauerte!)

- Deswegen habe ich es gesagt.

Herr Minister, können Sie denn bestätigen, daß im letzten Jahr der Regierung Schmidt die Bilanz der Existenzgründungen mit 7 000 pro Jahr negativ war?

(Zuruf der Abgeordneten Scheffler [GRÜNE])

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Ich kann Ihnen das nicht bestätigen, weil ich es im Augenblick nicht weiß. Ich habe die Statistik nicht so im Kopf, daß ich jedes einzelne Jahr kenne. Ich habe nur gesagt: im Durchschnitt der letzten Jahre für Nordrhein-Westfalen. Daß vielleicht vor zehn Jahren oder wann auch immer ein Jahr mit einem negativen Saldo darunter war, kann ich nicht bestreiten. Aber überfordern Sie bitte meine statistischen Hinterkopffähigkeiten nicht allzu sehr! Wenn Sie nicht mehr aufzubieten haben als eine solche Zwischenfrage, dann spricht das für das Niveau dieser Diskussion.

(D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Oberlehrer! - Weitere Zurufe von den Oppositionsparteien)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kuhl?

(Zustimmung des Ministers Einert)

(C)

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

- Bitte schön!

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Danke schön, Herr Präsident. - Herr Minister, da Sie gerade von "alten" Gedanken und auch vom Niveau gesprochen haben: Kann es nicht sein, daß die Opposition deshalb ständig auch die alten Gedanken wieder vortragen muß, weil Sie nicht in der Lage sind, sie zu begreifen?

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Nein, die Auffassung teile ich nicht, verehrter Herr Kollege.

Das zweite ist: Ich weiß nicht, vielleicht können Sie mir, Herr Meyer, einmal Aufklärung geben. Sie haben behauptet, in den letzten acht Jahren seien für Nordrhein-Westfalen insgesamt über 100 Milliarden DM an Bundeshilfen geleistet worden. Sie müssen mir schon ein bißchen verdeutlichen, wie Sie diese Addition zustande bekommen, es sei denn, unter Ihr Hilfsprogramm subsumieren Sie Beträge, die Nordrhein-Westfalen aufgrund der Verfassung oder gesetzlicher Regelungen zustehen. Wenn Sie das allerdings als Hilfen des Bundes für Nordrhein-Westfalen verstehen, trennen uns Welten; das muß ich in (B) aller Deutlichkeit sagen.

Ansonsten haben Sie einige Standardformeln gebracht. Es ist mir zu albern, darauf einzugehen.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Sie haben keine Antwort! Das ist das Problem!)

Sie werden von mir auch nicht erwarten, daß ich mich in das Getümmel derer einmische, die ungeschützt Erklärungen etwa zur Tarifauseinandersetzung abgeben. Wir haben schon einige Experten, die das tun und damit auch nicht gerade zur Beruhigung des Klimas beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Aber in einem stimme ich zu: Ihr etwas humorvoll gemeinter Beitrag über die "Gummibärchen-Abgaben" entspricht etwa Ihrem Niveau, das Sie hier deutlich gemacht haben. (C)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Auf das Niveau kommt man immer nur, wenn man selber keines hat!)

Jetzt komme ich zu der Frage des Kohlerahmens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann man ja unterschiedlich beurteilen. Aber ich sage Ihnen noch einmal: Wir haben durch Vorwegnahme der Entscheidungen über Programmwirksamkeit und die Verkürzung von Mittelansätzen in anderen Bereichen einen reinen Landesanteil von 1,067 Milliarden DM bis 1995 mobilisiert. Wir haben zweitens - und das muß man, wenn wir auch streitig miteinander umgehen, hinzufügen - durch die Konzentration der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe, der Mittel aus dem Programm EG/Land Nordrhein-Westfalen, also Ziel 2 und Restabwicklung Resider und Rechar, für die Kohleregionen noch einmal etwa 1,1 Milliarden DM mobilisiert, so daß wir von einem Volumen von ungefähr 2,2 Milliarden DM Handlungsrahmen für die nächsten Jahre bis 1995 ausgehen können. Und das betrachten Sie, verehrter Herr Kollege Meyer, als Farce. Ich werde - das sage ich in aller Deutlichkeit - bei allen Gesprächen in den Regionen darauf hinweisen, daß die größte Oppositionsfraktion in Nordrhein-Westfalen diese Anstrengung, um Strukturprobleme in einigen Regionen zu überwinden, als Farce bezeichnet. (D)

(Beifall bei der SPD)

Das werde ich denen beibringen. Sie werden es in den betroffenen Regionen von Hückelhoven über Emscher/Lippe bis ins östliche Revier und auch im Umfeld von Hamm zu spüren bekommen. Dort werde ich überall verbreiten, daß Sie eine solch gewaltige Kraftanstrengung des Landes Nordrhein-Westfalen und auch einen von den übrigen Regionen eingeforderten Solidaritätsbeitrag als Farce bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Denn damit werden wir auch in den übrigen Regionen - Herr Busch, da liegen Sie völlig neben der Sache; aber Sie begreifen es wohl nie -, auch im Sauerland, auch im Siegerland, auch in Ost-Westfalen, Solidarität einfordern, damit wir mit den Schwierigkeiten, die sich durch diese Kohleanpassung ergeben, zu Rande kommen und dort den Strukturwandel beschleunigen.

(A) (Minister Einert)

Darum geht es. Dazu mobilisieren wir dieses Geld. Wenn Sie das als Farce bezeichnen, werden wir das verbreiten; das sage ich mit allem Nachdruck.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, ich muß Sie noch einmal unterbrechen. Es liegt die Wortmeldung für eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Meyer vor.

(Minister Einert: Bitte!)

- Bitte sehr!

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Minister, ich weiß nicht, was Sie mit den Ohren haben. Ich habe im Zusammenhang mit dem Programm überhaupt nicht von Farce gesprochen. Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich im Zusammenhang mit Ihrem Verfahren der Haushaltsplanberatungen von Farce gesprochen habe, weil wir mitten in den eigentlichen Haushaltsberatungen einen Nachtragshaushalt vorgelegt bekommen haben, so daß keiner der Kollegen - weder von uns noch von (B) der F.D.P. noch von den GRÜNEN - überhaupt eine Chance hatte, sich vernünftig an der Diskussion zu beteiligen? Das habe ich als Farce bezeichnet.

(Beifall bei den Oppostionsparteien)

Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich habe gesagt - und das können Sie gern verbreiten -: Wir werden in den Gebieten sehr sorgsam kontrollieren, ob Sie nicht einen riesengroßen Bluff vornehmen und ausschließlich Gelder, die ohnehin für diese Gebiete gedacht waren, dort ausgeben, ob Sie wirklich zusätzliches Geld bereitstellen, um hier den Strukturwandel voranzutreiben. Das habe ich als möglichen Bluff bezeichnet, und das werden wir prüfen. Das können Sie vor Ort selbstverständlich jederzeit gern verwenden.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Ihr nachträglicher Versuch, das umzudeuten, hilft Ihnen auch nichts; denn dieser Versuch geht fehl. (C)

Ich habe Ihnen bereits in der letzten und vorletzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses, als wir noch im Kabinett mitten in der Beratung waren, vorsorglich angekündigt, zu welchen Entscheidungen wir kommen müssen, um den sich abzeichnenden Beschluß in der Kohlerunde in die Praxis umzusetzen. Eines nehme ich sowohl für mich als Wirtschaftsminister als auch für die Landesregierung insgesamt in Anspruch: Es hat noch keine Reaktion auf eine bundespolitische Entscheidung gegeben, die so zügig umgesetzt worden ist wie die in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der SPD)

Daß natürlich auch ein Haushalt, der im Entwurf verabschiedet ist, im Landtag eingebracht worden ist, durch eine Entscheidung auf Bundesebene beeinflußt wird, von der wir vorher nicht wußten, wo nun die Konsenslinie sein werde - das ist doch kein neues singuläres Ereignis. Es gibt hier ein paar nachlaufende Dinge, die noch eingebaut werden müssen, nämlich die Entscheidung der EG-Kommission. Natürlich muß das so gesehen werden. Auch wenn wir die Konsequenzen daraus nicht sofort gezogen hätten, (D) hätten Sie uns doch auch mit Vorwürfen überzogen und gefragt, wann wir denn eigentlich reagieren wollen. Man kann es machen, wie man will - damit muß man leben. Aber daß wir das nicht so sang- und klanglos zur Kenntnis nehmen, können Sie uns auch nicht verübeln.

Ich habe Ihnen gesagt: Ich werde Ihnen im Wirtschaftsausschuß die jeweils aktualisierte Liste über die Förderprojekte vorlegen. Wir machen allerdings keine vorlaufende Programmdiskussion in bezug auf Objekte in den Ausschüssen; denn irgendwo - schauen Sie bitte in die Verfassung! - ist auch die Organisationsgewalt der Landesregierung gefragt. Wir werden darüber reden, auch im Zusammenhang mit Programmwirksamkeit.

Als letzten Gedanken füge ich hinzu: Wir haben eine Entscheidung für den Haushalt 1992 getroffen. Diesem Entwurf stimme ich ausdrücklich zu. Das, was wir in der mittelfristigen Finanzplanung aufgestellt

(A) (Minister Einert)

haben, ist für mich zunächst Kenntnisnahme. Ich kann noch nicht verbindlich erklären, wie wir im Rahmen der Haushaltsentwürfe und der Entscheidungen 1993, 1994, 1995 mit der inneren strukturellen Zusammensetzung der einzelnen Kürzungsvorschläge umgehen werden. Es kann sich durchaus herausstellen, daß wir im Hinblick auf die Situation daraus Konsequenzen ziehen müssen und vielleicht auch sehen müssen, daß wir in einzelnen Teilbereichen möglicherweise zu stärkeren Kürzungen kommen müssen, um in anderen Bereichen Entlastungen zu erzielen. Das lasse ich ausdrücklich offen.

Ich habe gesagt - das habe ich Ihnen im Ausschuß schon vorgetragen -: Wir haben jetzt eine konkrete Entscheidung für den Haushalt 1992; wir haben eine mittelfristige Finanzplanung, die wir dann auch jeweils dem Haushalt anpassen müssen. Ich glaube, das ist nur verständlich und richtig.

Vizepräsident Dr. Klose: Darf ich Sie noch einmal unterbrechen! Ich habe die Bitte um eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Tschoeltsch vorliegen.

(Zustimmung des Ministers Einert)

(B) - Bitte schön!

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Minister, ich hatte vorhin im Zuge meines Beitrags extra nachgefragt, wann Sie bereit sind, diesen Geheimbericht, den Sie von der Programmwirksamkeitskommission haben, in seinem Inhalt auch dem Parlament zur Kenntnis zu geben. Denn wir müssen ja heute über die haushaltswirksamen Folgen abstimmen, ohne den Bericht zu kennen.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Ich habe Ihnen im Ausschuß zugesagt: Sobald der Bericht - der in wesentlichen Teilen als Zwischenbericht gegeben worden ist - insgesamt Anfang des Jahres vorliegt, werden wir ihn selbstverständlich auch den Ausschüssen und dem Parlament zustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

(C)

- Nein, nein, Herr Kollege Tschoeltsch! Das war ein Diskussionspunkt zwischen uns beiden schon im Ausschuß. Ich kann das hier nur wiederholen. Man sollte das eine nicht unzulässigerweise mit dem anderen vermischen.

(Zustimmender Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

Wir haben hier gesagt: Die Entscheidung auch in der Kohlerunde zwingt uns zu schnellem Handeln. Wir haben gehandelt. Ich hätte Ihnen gern - das habe ich Ihnen im Ausschuß ausdrücklich konzediert - den Bericht erst in toto, im Zusammenhang, vorgelegt. Vor dem Hintergrund der kohlepolitischen Entscheidungen mußten wir Teilbereiche vorziehen, um auch handlungsfähig zu sein, da ja kein Manna vom Himmel regnet, sondern wir aus Teilbereichen Geld nehmen müssen und es - wenn Sie so wollen - auch einsammeln müssen. Das habe ich ausdrücklich erklärt. Diese Erklärung kann ich hier heute nur wiederholen. Wir sollten aber nicht beide Teilbereiche, Programmwirksamkeit und Kohlehandlungsrahmen, unzulässigerweise miteinander vermischen.

Letzte Bemerkung - das sage ich noch einmal der Vollständigkeit halber! Alle Objekte, die wir im Ruhrgebiet und ebenso anderswo betreiben, müssen gefälligst verstanden werden unter diesem Begriff: Auch das Ruhrgebiet, auch Nordrhein-Westfalen - da gibt es eben wirklich einen prinzipiellen Unterschied zur Position der GRÜNEN - wird für uns auch in Zukunft ein Industrieland bleiben. Zu einem solchen Industrieland gehört ebenfalls Entsorgung. Deshalb geht Ihr Vorwurf, wir würden uns auch um Entsorgungsstandorte im Ruhrgebiet bemühen, völlig ins Leere. Natürlich gehören sie ebenfalls dazu. Wir wissen alle, wie schwierig es ist, mit den Kommunen zu Rande zu kommen. Jedoch, Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden. (D)

Ich glaube, daß auch der Haushalt 08 eine tragfähige Lösung für die Probleme des nächsten Jahres darstellt. Dann werden wir uns verständigen müssen, wie die mittelfristige Entwicklung weitergehen soll.

(Beifall bei der SPD)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Minister! - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Mernizka das Wort. Bitte schön!

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Abgeordneter Mernizka (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hèrr Präsident! Ich kann ja verstehen, daß man das hier alles unter zeitbedingten Aspekten sieht. Das tut mir sehr leid.

Ich bin bewußt noch einmal hier heraufgekommen, weil wir jetzt ein größeres Forum haben, bei Ihnen weniger, bei uns mehr; das entspricht ja der Mehrheit in diesem Hause.

Ich will noch einmal wiederholen, was Herr Stüber gesagt hat: Wenn man Ihre Reden hört - Herr Tschoeltsch, dabei nehme ich Sie etwas aus; aber große Passagen sind auch so gewesen -, die Reden, die von den Herren Meyer und Busch gehalten wurden, dann muß man wirklich nochmals die etwas flapsige Frage stellen: Wo leben Sie eigentlich?

Ich empfehle Ihnen dringend, unabhängig von Ihrer Aufgabe in diesem Hause: Besuchen Sie dieses Land! Gehen Sie in die Regionen hinein! Wenn ich höre, wie Herr Busch vom schmutzigen Ruhrgebiet redet, so ist das zunächst einmal eine Beleidigung für die Leute, die dort wohnen, ist eine Beleidigung für die Gesamtpolitik, die Gesamtpolitik, die auch andere Parteien - und die Sozialdemokratie - für diese Region in diesem Lande betrieben haben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Nun werden Sie sagen, Sie hätten das in dem Zusammenhang nicht angesprochen. Sie haben hier mehrmals im Zusammenhang dargestellt, daß das Ruhrgebiet noch eine Kloake sei. Ich sage Ihnen: Das ist unrichtig. Korrigieren Sie sich bitte, indem Sie sich das ansehen und nicht hier im luftleeren Raum diskutieren!

Vizepräsident Schmidt: Herr Mernizka, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Busch?

(C)

Abgeordneter Mernizka (SPD): Nein, ich bitte um Entschuldigung, ich habe nur noch ein paar Minuten. Es geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt bleibe ich nur bei Ihnen. Sie beklagen sich auch,

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Ich komme aus dem Ruhrgebiet!

daß Vorschläge von Ihnen nicht übernommen werden. Dazu will ich Ihnen einmal etwas sagen. Ich war ja nun Ausschußvorsitzender, weil Herr Schwericke nicht konnte. Da kommen Sie morgens früh in den Ausschuß, knallen dem Ausschuß 37 Anträge auf 2 Seiten auf den Tisch und meinen, dies könne ein Ausschuß dann verarbeiten.

Ich unterstelle jetzt einmal, daß darunter einige gute Anträge wären, aber durch Ihre Verhaltensweise haben Sie bewirkt, daß diese guten Anträge überhaupt nicht mit einbezogen werden können, weil es unmöglich ist, von morgens um 9.30 Uhr bis mittags um 13.00 Uhr 37 Anträge nur von den GRÜNEN, der kleinsten Fraktion hier im Landtag, zu behandeln. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(D)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir können so viele Anträge stellen, wie wir wollen; das haben Sie nicht zu zensieren!)

- Das ist so, Herr Vesper. Auch wenn Sie heute einen weißen Schlips umgebunden haben, ändert das nichts an der Tatsache. Die Schlipse machen es nicht, sondern die Tätigkeit, die dahintersteckt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Den können wir Ihnen ja gleich auch noch abschneiden.

(Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Jetzt noch etwas zu Herrn Meyer. Herr Meyer hat sich auf den Wirtschaftsminister konzentriert; er hat seine Angriffe personalisiert und meint, damit die Landesregierung attackieren zu können. Damit das einmal ganz klar ist: Wenn Sie die Landesregierung

(A) (Mernizka [SPD])

angreifen und den Wirtschaftsminister insbesondere, dann greifen Sie den Mernizka auch an.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Und die ganze Fraktion! Auch wenn Sie sich nur eine Person herausgreifen: Wir halten zusammen - damit das einmal klar ist - und sind untereinander nicht so zerstritten wie Sie.

(Beifall bei der SPD)

Dann behaupten Sie hier mit Zahlen, die man so oder so auslegen kann, wir wären die letzten, wir hinkten der Entwicklung immer hinterher. Herr Meyer, nehmen Sie einmal zur Kenntnis,

(Zuruf des Abgeordneten Hardt [CDU] - Abgeordneter Dr. Schwericke [CDU]: Herr Mernizka, sprechen Sie hier für die SPD oder für den Ringerverein Witten?)

- Herr Schwericke, ich könnte Ihnen jetzt wirklich einen ratzen, ich tue das aber der Fairneß halber nicht. Sie sind ja Ausschußvorsitzender. Ich bitte um mehr Einsatz im Ausschußvorsitz!

(B) (Heiterkeit)

Sie sagen das hier nicht das erste Mal; es kommt in jeder Ihrer Reden vor.

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen, was die Wahrheit ist: Nordrhein-Westfalen hat proportional den größten Wirtschaftszuwachs struktureller Art in den letzten 10 Jahren gehabt - mehr als alle anderen alten Bundesländer zusammen. Sie können nämlich nicht immer die alte Milchmädchenrechnung aufmachen und von 13 auf 16 hoch- oder von 16 auf 13 herunterrechnen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Zahlen!)

Sie müssen wissen, was innerhalb dieser Entwicklung an Zunahmen zu verzeichnen sind. Und da haben wir weit mehr als Baden-Württemberg und Bayern zusammen.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Zahlen!)

(C)

Damit das einmal klar ist!

Bei unserer Vorzeigebranche, der Umwelttechnologie, ist das wohl unbestritten. Jetzt lassen wir es einmal bei den 13 oder 16 %. Sie haben ja gesagt, wir hätten nur 13 %, seien letztes Rad am Wagen, und die anderen hätten 16 %. Können Sie denn nicht mehr denken!? Für Nordrhein-Westfalen

(Zuruf von der CDU)

ist ein Zuwachs von 13 % in den letzten Jahren bei den Strukturen, die wir hatten und noch haben, eine Leistung, die sich hinter keiner Konkurrenz zu verstecken braucht, damit das einmal klar ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dazu mit beigetragen zu haben, darauf sind wir stolz. Und die Bevölkerung ist auch stolz darauf. Ich will das hier nicht wiederholen; Herr Stüber hat es Ihnen doch gesagt. Hier sind Aussagen gemacht worden, wie das hier hervorragend gelaufen ist; das kann sich sehen lassen.

Und nun noch etwas: Es ist doch auch niemand im Wirtschaftsausschuß, auch nicht in meiner Fraktion so vermessen, um zu sagen, hier würde alles glänzen. Deswegen ist es ja so wichtig, meine Damen und Herren, daß die Landesregierung mit Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion sofort reagiert hat auf den Einbruch bei der Kohle. Wir werden uns im nächsten Jahr - da hat Herr Busch ja recht - darauf einstellen müssen, auf erneute Einbrüche beim Stahl zu reagieren. In dem Zusammenhang ist es mir wichtig, meine Damen und Herren - dabei ist es mir völlig egal, Herr Tschoeltsch, ob Sie nun die Liste über die Programmwirksamkeit haben oder nicht -, daß wir positiv reagieren. Das hat nämlich etwas mit Klima und etwas mit Wirksamkeit zu tun, um Arbeitsplätze und Wirtschaftlichkeit zu sichern. Darüber sollten wir uns einig sein und hier nicht die Kleinkackerei in diesem Lande weiter fortführen. - Ich bitte um Entschuldigung wegen des Wortes "Kleinkackerei". - Vielen Dank.

(D)

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Wir sind stolz auf dich!)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Die Entschuldigung ist angekommen, Herr Kollege Mernizka. - Das Wort hat Herr Kollege Dr. Busch für die Fraktion DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also, Herr Mernizka, nun einmal ganz in Ruhe; wir wollen uns hier überhaupt nicht aufregen. Mir geht es nur darum - im Unterschied zu Ihnen, Herr Mernizka, bin ich im Ruhrgebiet geboren und habe praktisch dort mein ganzes Leben verbracht bis auf die letzten beiden Jahre, seit ich hier in Düsseldorf bin -,

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Das können Sie vergessen!)

daß hier einfach noch einmal klargestellt wird, was ich gesagt und was ich nicht gesagt habe.

(Abgeordneter Mernizka [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Herr Mernizka, vielleicht warten Sie mit Ihrer Zwischenfrage, bis ich auch Ihnen noch einmal verdeutlicht habe, was ich wirklich gesagt habe.

(B)

Vizepräsident Schmidt: Herr Dr. Busch, würden Sie Herrn Mernizka jetzt als Fragesteller zulassen?

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Ja, wenn ich dargestellt habe, was ich wirklich gesagt habe, und er es schafft, sich bis dorthin zu gedulden. Danach kann Herr Mernizka gerne fragen.

Ich habe dargestellt, daß Sie auf der einen Seite mit der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park einige sehr interessante Projekte in den Vordergrund stellen und auf der anderen Seite das Ruhrgebiet zum industriellen Entsorgungszentrum ausbauen - Sie als Landesregierung, muß es richtigerweise heißen, und Sie als SPD, die Sie dieses Projekt unterstützen. Das heißt, daß Sie Sondermülldeponien, Sondermüllverbrennungsanlagen, Automobilverschrottungsanlagen usw. ins Ruhrgebiet holen wollen und damit der Bevölkerung noch mehr Umweltbelastungen und noch mehr Verzicht auf Lebensqualität zumuten wollen.

(C)

(Zuruf von der SPD und Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

In diesem Zusammenhang, wo Sie die Abwasserkloake Emscher verrohren und nicht etwa sanieren oder klären, sondern die schmutzigen Abwasserfrachten in die Kanäle schicken wollen, habe ich gesagt, daß Sie mit Ihrem IBA-Projekt nicht über diese schmutzige Realität hinwegtäuschen können.

Ich bin weit davon entfernt, das Ruhrgebiet, in dem ich gern gelebt habe, insgesamt als schmutzig zu bezeichnen. Das stimmt auch überhaupt nicht. Aber wenn man auf diese industriellen Altlasten, auf diese von Kohle und Stahl natürlich gebeutelte Region zu sprechen kommt, dann muß man sich auch dieser Realität stellen. - Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Dr. Busch! - Für die CDU-Fraktion wünscht Herr Abgeordneter Laurenz Meyer das Wort. Bitte schön!

(D)

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was eben Herr Einert und dann Herr Mernizka hier gemacht haben, das ist die typische Reaktion darauf, wenn jemand hier Zahlen vorträgt, die nicht in das schönfärberische Bild passen, das die Landesregierung landauf, landab verbreitet.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministers Einert)

Da kürzt der Wirtschaftsminister gerade die Programme für die kleinen und mittleren Betriebe und hat am nächsten Tag die Frechheit, in einer Presseerklärung zu sagen, für die kleinen und mittleren Betriebe wäre noch nie so viel wie im Moment getan worden. Es ist eine Unverschämtheit, die Öffentlichkeit so zu verdummdeubeln.

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Herr Einert, am 9. Dezember - das ist nicht letztes Jahr gewesen, sondern vor vier Tagen - haben Ihnen die Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen, die Einzelhandelsverbände und die Handwerker gemeinsam einen Brief geschrieben und Ihnen gesagt: Warum fängt die Landesregierung ausgerechnet bei dem Programm an, praktisch auf die Hälfte zu kürzen, das die kleinen und mittleren Betriebe und Existenzgründungen fördert?

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben doch offensichtlich überhaupt keine Antenne mehr für das, was im Land nötig ist. Und an dieser Stelle erdreistet sich hier Herr Mernizka, ausgerechnet uns zu sagen, wir sollten einmal ins Land hinausgehen.

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Sie sind gerade im Parlament, zufällig wirtschaftspolitischer Sprecher und haben keine Ahnung!)

In der Zeit, in der Sie hier mit den Beamten zusammenhocken, um sich vorab informieren lassen zu (B) müssen, in der Zeit haben wir Gott sei Dank Gelegenheit, uns vor Ort die Stimmung anzuhören und sie dann hier vorzubringen. Das ist Gott sei Dank unsere Stärke hier im Parlament.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich Ihnen die Zahlen noch einmal: zum Begreifen. Vorher noch einmal die Ohren sauber machen, einfach einmal hinhören! 160 000 Arbeitnehmer mehr wären in Nordrhein-Westfalen heute in Arbeit und Brot, wenn Nordrhein-Westfalen bei den Beschäftigten nur die Zuwachsrate wie der Bundesdurchschnitt gehabt hätte. 160 000 Arbeitnehmer mit all den Auswirkungen, wie weniger Hilfe, weniger Sozialhilfe, weniger Förderprogramme, weniger Notwendigkeit für Qualifikation, weniger Unterstützungsmaßnahmen, mehr Steuern!

(Zuruf des Ministers Einert)

Was Sie alles machen könnten, wenn Sie nur die Wachstumsraten wie im Bundesdurchschnitt gehabt hätten! (C)

(Beifall bei der CDU)

24 % waren es im Bundesdurchschnitt in den letzten acht Jahren, 17 % waren es hier. Meine Damen und Herren, und dann sagt Herr Mernizka wieder, das sei alles deshalb, weil es in Nordrhein-Westfalen so schwierig gewesen wäre. Ja, meinen Sie, die Bayern hätten die Umstrukturierung von der Landwirtschaftsgesellschaft zum modernen Industriestaat ohne Schmerzen geschafft?

(Abgeordneter Mernizka [SPD]: Wo haben sie denn in München Landwirtschaft gehabt? - Weitere Zurufe von der SPD)

Das Problem ist: Die Sache mit den Betonstrukturen spielt sich heute weniger im Land ab als in Ihren Köpfen. Das ist das ganze Geheimnis der Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Meyer, darf ich Sie unterbrechen. Ich wollte Sie fragen, ob Sie eine Frage des Abgeordneten Stüber zulassen. (D)

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU] : Aber gern.)

- Bitte schön!

Abgeordneter Stüber (SPD): Herr Kollege Meyer, können Sie mir bestätigen, daß wir in Nordrhein-Westfalen etwa 500 000 Arbeitsplätze bei Bergbau und Stahl verloren haben, seit 1984 700 000 neue Arbeitsplätze geschaffen haben, und können Sie mir Vergleichszahlen aus dem übrigen Bundesgebiet nennen?

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Herr Stüber, die Zuwachszahlen aus dem Bundesgebiet kennen wir alle. Das ist eine Größenordnung von mehreren Millionen. Allein im letzten Jahr - das habe ich eben vorgetragen - waren es zusätzlich 940 000 Arbeits-

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

plätze. Allein im September dieses Jahres sind 340 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Westdeutschland hinzugekommen. Sie nehmen doch gar nicht zur Kenntnis, daß es überall sonst noch besser ist. Wir sind in Nordrhein-Westfalen in einer für Nordrhein-Westfalen vergleichsweise guten Situation. Uns geht es darum, einmal darauf hinzuweisen, wieviel besser wir dastünden, wenn wir nur die Durchschnittszuwachsraten gehabt hätten.

(Beifall bei der CDU)

Und zum Geld lassen Sie mich noch sagen: Herr Einert, Sie haben das eben so dargestellt, als ob das alles in trockenen Tüchern wäre. Ich sage noch einmal: Das Haushaltsplanberatungsverfahren, das Sie an den Tag gelegt haben, war eine reine Farce, und sich daran zu beteiligen, tut schon weh. Für einen Oppositionspolitiker, der das kritisieren kann, mag das ja noch gehen. Der kann ja seine Wut und seinen Ärger darüber wenigstens noch herausbrüllen. Aber die Kollegen von der SPD müssen das alles schlucken und das Theater noch mitmachen und dürfen nichts dazu sagen. Die können einem doch erst richtig leid tun.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Vizepräsident Schmidt: Herr Abgeordneter Meyer, Herr Kollege Tschoeltsch bittet ums Wort. Darf er Ihnen eine Zwischenfrage stellen?

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Aber gern.)

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Kollege Meyer, Herr Kollege Stüber hat gerade bei seiner Fragestellung gesagt, w i r hätten diese 700 000 Arbeitsplätze geschaffen. Stimmen Sie mit mir überein, daß nicht wir im Parlament das gemacht haben, die Sozialdemokraten schon gar nicht, sondern daß es die Unternehmer waren, die diese Arbeitsplätze geschaffen haben?

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

(C)

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU): Ich würde sogar so weit gehen, Herr Kollege Tschoeltsch: Eine gute Wirtschaftspolitik in Bonn hat vernünftige Rahmendaten gesetzt,

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

und Nordrhein-Westfalen ist von dieser Entwicklung mitgerissen worden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu dem sagen, was der Wirtschaftsminister für wichtig hält! Statt sich hier um die Klientel "Bestandspflege vor Ort" zu kümmern, meint er, ein Büro in Tokio und das Kümmern um Investoren aus Japan sei in erster Linie das Gebot der Stunde. Ich sage einmal, um die Fronten aufzuzeigen: Wir stellen hier zusätzliche Millionen für die Wirtschaftsagentur in den Haushalt ein, und das ist genau die Summe, die wir bei der Förderung von Existenzgründungen hier in Nordrhein-Westfalen kürzen. Das ist die Summe, die wir zusätzlich ausgeben, um unter anderem in Tokio ein Büro zu eröffnen.

(Minister Einert: Das ist ja primitiver, als die Polizei erlaubt!)

(D)

Wo sind denn eigentlich die Prioritäten hier im Land geblieben? Das Land befindet sich inzwischen in derselben Situation, in der die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen seit langer Zeit sind. Die Gemeinden wurden am Tropf und am goldenen Zügel des Landes geführt. Inzwischen sind wir in Nordrhein-Westfalen genau in derselben Situation, und zwar gegenüber Europa.

Wir haben kein einziges Förderprogramm in diesem Lande, wo wir wirklich frei sind; wir stochern nur noch hinter dem her, was die in Europa sagen. Die große Befürchtung bei uns ist, daß es zusätzlich zu dem, was wir hier schon mit der Bürokratie beklagen, noch schlimmer wird, wenn in Zukunft auch noch die bürokratischen Bedingungen, die auf Griechenland oder auf Sardinien vielleicht noch zutreffen könnten, hier für unsere Betriebe gelten. Dann wird hier überhaupt nichts mehr stattfinden.

In dieser Frage, Herr Wirtschaftsminister, legen Sie keinerlei Konzeption vor, wie es weitergehen soll. Sie

(A) (Meyer [Hamm] [CDU])

haben eben wieder zur Entsorgung einen Halbsatz, zum Verkehr einen Halbsatz gesagt, statt sich einmal für die Wirtschaft unseres Landes herauszuhängen. Das ist Ihre Pflicht und Schuldigkeit, und das beklagen wir.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Für die Landesregierung hat Herr Minister Einert um das Wort gebeten. Ich erteile es ihm.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das letzte an Vergleich und Gegenüberstellung, was Herr Kollege Meyer eben gebracht hat, hat mich zu einem Zwischenruf veranlaßt.

(Abgeordneter von Unger [CDU]: Das hat wohl in der WAZ gestanden?)

- Nein, ich habe eben gesagt, das wäre ja primitiver, als die Polizei erlaubt. Das ist von der Regierungsbank her nicht nur unparlamentarisch, sondern ich bedauere das, nehme das zurück und entschuldige (B) mich dafür.

Aber in der Sache

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Aber in der Sache war das richtig!)

muß ich nun wirklich deutlich sagen - und das ist ja wohl parlamentarisch -: Wer dermaßen Äpfel und Birnen vergleicht, der begibt sich doch auf ein Niveau, das wir gemeinsam nicht aushalten können,

(Abgeordneter Reichel [F.D.P.]: Das Niveau ist von Herrn Mernizka heute eingeführt worden! - Abgeordneter Mernizka [SPD]: Naseweis!)

nämlich aufzurechnen zwischen der Kürzung in einem Programm - darüber kann man ja streiten - und der Tatsache, daß wir uns außenwirtschaftlich bemühen müssen, die Verflechtung des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Weltwirtschaft sowohl von hier nach außen als auch von außen zu uns mit großen Kraftanstrengungen zu begleiten. Das in einen solchen Kontext zu bringen, Herr Kollege Meyer, da muß ich nun wirklich sagen, "das schlägt dem Faß die Krone ins Gesicht". Das habe ich wirklich bei Ihnen nicht für möglich gehalten. (C)

Wir können ja durchaus unterschiedliche Positionen haben. Natürlich, wenn ich dafür mehr Spielräume gehabt hätte, hätte ich diesen Teilbereich auch nicht gekürzt. Das habe ich im Ausschuß gesagt und wiederhole es hier. Nur, insgesamt - auch das muß man wohl einmal formulieren dürfen -: Am Sonntag in sämtlichen hehren Reden gegen Subventionen zu sein und am Montagmorgen den nächsten Antrag auf staatliche Fördermittel zu stellen, das kenne ich in dem Teilbereich nun zur Genüge. So beurteile ich auch manchen Brief der ehrenwerten Herren Verbandspräsidenten, in dem sie sich ständig beklagen, wir würden zuviel Geld für Förderprogramme ausgeben, die sollten wir alle einstellen.

Sie selbst haben in Ihrer letzten Haushaltsrede gesagt: am liebsten überhaupt keinen Pfennig mehr für eine betriebliche Förderung. Und jetzt? Jetzt streichen wir es nicht zusammen, sondern wir kürzen unter anderem in einem Teilbereich, nämlich beim Beschäftigungsorientierten Förderungsprogramm. Ich habe im Ausschuß vorgetragen, daß wir uns bemühen werden, (D) nur in Teilaspekten, etwa bei Verlagerungen, zu Kürzungen zu kommen, um es insgesamt noch erträglich zu machen. Jetzt stimmen Sie in den Chor der Verbandsvertreter ein - das ist alles legitim - und sagen, das wäre sozusagen der Untergang des Landes, und das auch noch verbunden mit der Klage, daß Sie sagen: und richtet das Land Nordrhein-Westfalen für Geld eine solche Auslandsagentur unter anderem in Tokio ein.

Einen solchen Vergleich finde ich so schief, den sollten wir, wenn wir wirklich dieses Land gemeinsam weiter nach vorn bringen wollen, uns nicht gegenseitig vorhalten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Minister Einert. - Wir brauchen Ordnungsmaßnahmen von hier aus nicht einzuleiten; Herr Einert hat sich für seine

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Zwischenbemerkung entschuldigt, das ist abgehakt.

Meine Damen und Herren, gibt es noch Wortmeldungen zu diesem Einzelplan? -

(Zurufe von der SPD: Meyer! Meyer!)

Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Damen und Herren Abgeordneten, Platz zu nehmen.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 08.** Wir stimmen zunächst über die **Änderungsanträge** ab:

Änderungsantrag der F.D.P. Drucksache 11/2907 - Kapitel 08 030, Stichwort: Keine Schwarzen Kassen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist **abgelehnt.**

Ich rufe den **Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/2908** auf, zunächst **Anlage 1** - Kapitel 08 040, Stichwort: Umweltverträgliche Energieversorgung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Stimmenthaltungen? - Keine. Der Antrag ist **abgelehnt.**

(B)

Anlage 2 ist aufgerufen: Kapitel 08 030, Förderung der Verbraucherberatung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt.**

Ich rufe **Anlage 3** auf: Kapitel 08 030, Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist **abgelehnt.**

Anlage 4: Kapitel 08 030 Titel 685 neu, Förderung eines Vereins für eigenständige Regionalentwicklung. Wer ist für den Antrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist **abgelehnt.**

(C)

Ich rufe **Anlage 5** auf: Kapitel 08 030 Titel 891 30, 891 40, 891 69, 891 81 und 891 82, Umstrukturierung der Regionalförderung. Wer ist für den Antrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist **abgelehnt.**

Anlage 6 ist aufgerufen: Kapitel 08 040 Titel 099 neu, Abwärmeabgabe: Ökologischer Sonderfonds Klimaschutz. Wer ist für den Antrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist **abgelehnt.**

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist doch langweilig; immer dasselbe!)

Ich rufe die **Anlage 7** - Kapitel 08 040 Titel 683 87 und 682 87 (neu) "Förderung von Energieagenturen in Nordrhein-Westfalen" - auf. Wer ist für den Antrag? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist **abgelehnt.**

Wir stimmen jetzt über den **Einzelplan 08 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2808** ab. Wer für den Einzelplan 08 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Einzelplan 08 ist gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN **angenommen.**

(D)

Wir stimmen jetzt über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1992**, zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 11/2906** - §§ 6, 16, 19, 21 und 26, Stichwort: "Verstärkung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden" -, ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt.**

Wer für das **GFG 1992** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das GFG 1992 in zweiter Lesung mit Mehrheit **angenommen.**

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die **Rücküberweisung** des Gesetzentwurfs an den **Haushalts- und Finanzausschuß.** Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dage-